

NIEDERSCHRIFT

über die **1.** Sitzung des **des Sozial- und Gesundheitsausschusses** (XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **04.09.2014**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Heiner Cöllen
2. Herr Hans-Josef Engels
3. Herr Reiner Geroneit
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Frau Ann-Kathrin Küsters
7. Frau Dr. Daniela Leyhausen
8. Herr Willy Lohkamp
9. Herr Werner Moritz
10. Frau Maria Widdekind
11. Frau Angelika Zelleröhr

• SPD-Fraktion

12. Herr Denis Arndt
13. Frau Margot Dubbel
14. Herr Harald Holler
15. Frau Cornelia Lampert-Voscht
16. Frau Gertrud Servos
17. Frau Ursula Wolf

• Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

18. Herr Martin Kresse
19. Frau Marianne Michael-Fränzel
20. Frau Angela Stein-Ulrich

- **FDP-Fraktion**

- 21. Frau Marie-Louise Leufgen
- 22. Herr Dirk Rosellen

- **Die Linke / Piraten-Fraktion**

- 23. Herr Oliver Schulz

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 24. Herr Carsten Thiel

- **AfD**

- 25. Frau Corinna Gerstmann

- **beratende Mitglieder**

- 26. Herr Karl Boland
- 27. Herr Norbert Kallen
- 28. Herr Manfred Lenz
- 29. Herr Dr. Josef Merten

- **Verwaltung**

- 30. Herr Dr. Michael Dörr
- 31. Herr Stephan Düss
- 32. Frau Dr. Maria Eisenhuth
- 33. Herr Edwin Erdmann
- 34. Herr Gerd Gallus
- 35. Herr Siegfried Henkel
- 36. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 37. Herr Martin Meisel
- 38. Herr Marcus Mertens
- 39. Herr Carsten Paetau
- 40. Herr Dr. Ansgar Pöggeler
- 41. Herr Johann-Hermann Pokolm
- 42. Herr Robert Ruß
- 43. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 44. Frau Heike Stump
- 45. Frau Ulrike Weyerstraß

- **Schriftführerin**

- 46. Frau Birgit Rothe-Slak

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	4
2.	Bestellung eines Schriftführers Vorlage: 50/0173/XVI/2014	5
3.	Vorstellung der Produkt- und Aufgabenbereiche sowie der Leitungskräfte des Sozialamtes Vorlage: 50/0172/XVI/2014	5
4.	Vorstellung der Produkt- und Aufgabenbereiche sowie der Leitungskräfte des Gesundheitsamtes Vorlage: 53/0156/XVI/2014	5
5.	Haushalt 2014 - Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Vorlage: 50/0174/XVI/2014	6
6.	Schuleingangsuntersuchungen 2013 - Bericht des Gesundheitsamtes Vorlage: 53/0153/XVI/2014	6
7.	Benennung der Mitglieder der Kommission Silberner Plan Vorlage: 50/0176/XVI/2014	7
8.	Kommunales Integrationszentrum Vorlage: 50/0185/XVI/2014	7
8.1.	Allgemeiner Tätigkeitsbericht	7
8.2.	Vorstellung des Projektes "Komm-auf-Tour"	7
9.	Bündnis gegen Depression im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/0158/XVI/2014	7
10.	Mitteilungen.....	8
10.1.	Sachbearbeitung "Bildungs- und Teilhabepaket an SGB II - Berechtigte" im Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0186/XVI/2014	8
10.2.	Nichtakademische Heilberufe: Das Gesundheitsamt informiert über eine neue bürgerfreundliche Zugriffsmöglichkeit auf Ergotherapeuten, Hebammen, Logopäden und Podologen Vorlage: 53/0154/XVI/2014	9
11.	Anfragen	9

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete Sitzung, begrüßte die Anwesenden und

stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtete er die sachkundigen Bürger und die Fachberater.

Den Ausschussmitgliedern lag die als Anlage beigelegte Tischvorlage zu Top 5 vor.

2. Bestellung eines Schriftführers

Vorlage: 50/0173/XVI/2014

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bestellt Herrn Carsten Paetau und Frau Birgit Rothe-Slak zu Schriftführern für die Dauer der XVI. Wahlperiode des Kreistages.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. Vorstellung der Produkt- und Aufgabenbereiche sowie der Leitungskräfte des Sozialamtes

Vorlage: 50/0172/XVI/2014

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz beschrieb die Aufgaben des Kreissozialamtes und stellte den Amtsleiter Siegfried Henkel sowie die Leitungskräfte der Produktgruppen vor.

4. Vorstellung der Produkt- und Aufgabenbereiche sowie der Leitungskräfte des Gesundheitsamtes

Vorlage: 53/0156/XVI/2014

Protokoll:

Dezernent Mankowsky beschrieb die Aufgaben des Kreisgesundheitsamtes und stellte den Leiter des Amtes, Amtsarzt Dr. Michael Dörr, sowie die Leitungskräfte der Produktgruppen vor.

Er berichtete von der Arbeit der Schwangerschaftskonfliktberatung des Rhein-Kreises Neuss. Die Mitarbeiterin, welche als einzige Beraterin im Rhein-Kreis Neuss diese nicht konfessionsgebundene Beratungsstelle besetzt hatte, würde nun in die Ruhephase der Altersteilzeit wechseln. Problematisch sei, dass das Land diese Stelle finanzieren würde, d.h. nun auch die Altersteilzeit, obwohl Frau Stolle nicht mehr im Dienst sei. Eine 2te Person darüber hinaus, welche die Beratung nun fortführt, würde vom Land jedoch nicht finanziert. Man habe hier versucht eine Lösung mit dem Land zu finden, dies sei aber ergebnislos geblieben.

Die Frage sei am Vortag im Personalausschuss besprochen worden, von dort aber in den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen worden. Er bat nun darum, sich für eine möglichst nahtlose Fortführung der Schwangerschaftskonfliktberatung auszusprechen.

Kreistagsmitglied Arndt sprach sich dafür aus, das nicht konfessionsgebundene Angebot durch den Rhein-Kreis Neuss zu erhalten. Er bemängelte jedoch, dass im Vorfeld der Sitzung die Thematik nicht angesprochen und nicht einmal eine Tischvorlage als

Beratungsunterlage vorgelegt worden sei. Er erwarte, dass künftig entsprechende Anliegen schriftlich formuliert werden, so dass eine Vorberatung möglich sei.

Auch Kreistagsmitglied Cöllen befürwortet die Fortführung der Beratung, stellt diesen aber unter den Vorbehalt, dass die Finanzierung durch Einsparungen an anderer Stelle gesichert werde.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt der Verwaltung die Schwangerschaftskonfliktberatung aufrecht zu erhalten und schnellstmöglich für eine neue Besetzung zu sorgen, vorbehaltlich der Finanzierung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Haushalt 2014 - Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege

Vorlage: 50/0174/XVI/2014

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass der Grundsatzbeschluss zur Förderung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bereits mit Beschluss des Haushalts getroffen werde. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss werde jedoch noch einmal detaillierter darüber informiert, wie die Verteilung der Gesamtmittel auf die einzelnen Verbände erfolgt.

Dabei erfolge die Verteilung der Institutionellen Zuschüsse nach dem Verteilvorschlag durch die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Rhein-Kreis Neuss. Das entsprechende Anschreiben wurde als Tischvorlage vorgelegt.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht über die Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege u.a. zur Kenntnis.

6. Schuleingangsuntersuchungen 2013 - Bericht des Gesundheitsamtes
Vorlage: 53/0153/XVI/2014

Protokoll:

Dezernent Mankowsky stellte das Ergebnis der Schuleingangsuntersuchung 2013 vor. Der Vortrag ist als Anlage beigelegt.

Beratendes Ausschussmitglied Boland stellte im Anschluss den Zusammenhang zwischen sozialen und gesundheitlichen Problemen heraus.

Kreistagsmitglied Servos bat um Auskunft, wie viele Kinder mit Beeinträchtigungen untersucht worden sind. (Anmerkung : Es wurden 394 behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder erfasst)

7. Benennung der Mitglieder der Kommission Silberner Plan

Vorlage: 50/0176/XVI/2014

Protokoll:

Für die Kommission „Silberner Plan“ wurden folgende Mitglieder benannt:

UWG / Die Aktive : Herr Friedhelm Leese, Vertreter Herr Jürgen Gehrmann

SPD: Frau Gertrud Servos, Vertreterin Frau Ursula Wolf

FDP: Frau Christa Quellmann, Vertreterin Frau Beate Kopp

Piraten / Die Linke : Herr Oliver Schulz, Vertreter Herr Thomas Koch

Die Kreistagsfraktionen der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen sowie die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege erklärten, dass die Benennung im Nachgang zur Sitzung erfolgen werde.

Im Nachgang zur Sitzung wurden folgende Mitglieder benannt:

Verbände der Freien Wohlfahrtspflege: Herr Kallen , Vertreter Herr Gellrich

Bündnis 90 / Die Grünen: Marianne Michael-Fränzel, Vertreter: 1. Martin Kresse, 2. Frau Angela Stein-Ulrich

8. Kommunales Integrationszentrum

Vorlage: 50/0185/XVI/2014

Protokoll:

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

8.1. Allgemeiner Tätigkeitsbericht

8.2. Vorstellung des Projektes "Komm-auf-Tour"

9. Bündnis gegen Depression im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 53/0158/XVI/2014

Protokoll:

Herr Dr. Martin Köhne, Direktor und Geschäftsführer des Zentrums für seelische Gesundheit in Neuss berichtete zu dem Thema Depressionen.

Er zeigte die Möglichkeiten und Initiativen durch ein Bündnis gegen Depressionen auf, welches in anderen Regionen bereits teilweise mit großem Erfolg umgesetzt wurde.

Dezernent Mankowsky bedankte sich bei Herrn Dr. Köhne, dass von seiner Seite die Initiative zu einem solchen Bündnis ergriffen werde. Das Thema dürfe nicht tabuisiert sondern müsse offen angesprochen werden.

Kreistagsmitglied Cölln fragte nach der praktischen Umsetzung, insbesondere ob es um allgemeine Informationen oder aber auch um direkte Beratung der Betroffenen gehe.

Herr Köhne verwies auf die Ambulanz in Neuss, bei der Betroffene auch ohne Termin jederzeit vorsprechen könnten, wenn eine kritische Situation vorliege. Im Weiteren gehe es aber darum, ein Netzwerk zu schaffen, um für die Betroffenen die richtigen Ansprechpartner vermitteln zu können.

Kreistagsmitglied Frentzen-Friebel fragte, wie der Erfolg eines solchen Bündnisses gemessen werde.

Dr. Köhne bestätigte, dass die Ergebnisse eines solchen Bündnisses sich nur schwer darstellen ließen. Ziel sei es letztlich, das Thema besser in der Öffentlichkeit zu präsentieren und für Akzeptanz zu werben.

Kreistagsabgeordneter Schulz begrüßte das Bündnis und sagte die Unterstützung seiner Fraktion zu.

Auch Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel begrüßte das Bündnis, sah aber ein Problem aufgrund des Mangels an entsprechenden Fachärzten, einer steigenden Nachfrage gerecht zu werden.

Amtsarzt Dr. Dörr wies darauf hin, dass Interessierte weitergehende Informationen über den Gesundheitskalender erhalten können (<http://www.rhein-kreis-neuss.de/de/themen/gesundheit/gesundheitskalender-2014/januar.html>) .

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die regionale Bestandsaufnahme zur Volkskrankheit Depression zur Kenntnis und befürwortet die weitreichenden Bemühungen, das Krankheitsbild noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen sowie die Versorgung der betroffenen PatientInnen zu optimieren. In Anlehnung an das bundesweite etablierte Bündnis gegen Depression sollte eine analoge regionale Initiative unter Federführung des Zentrums für Seelische Gesundheit Neuss auf den Weg gebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Mitteilungen

10.1. Sachbearbeitung "Bildungs- und Teilhabepaket an SGB II - Berechtigte" im Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0186/XVI/2014

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf den BuT-Bericht.

Er sei froh, dass mit 80 % Inanspruchnahme eine gute Quote nachhaltig erreicht worden sei.

Er sprach die Frage nach der Zukunft der Schulsozialarbeiter BuT an. Die 33 Personen auf 26 Vollzeitstellen sind im Rhein-Kreis Neuss beim Technologiezentrum Glehn angesiedelt. Die Finanzierung sei bis Ende 2015 gesichert.

Die Verwaltung werde bis zum Ende des Jahres zusammenstellen, wie andere Kommunen mit der Frage zur Weiterführung der Schulsozialarbeit umgingen.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Stein-Ulrich sagte Allgemeiner Vertreter Steinmetz zu, in der nächsten Sitzung über die Erfahrungen mit der BuT – App zu berichten.

10.2. Nichtakademische Heilberufe: Das Gesundheitsamt informiert über eine neue bürgerfreundliche Zugriffsmöglichkeit auf Ergotherapeuten, Hebammen, Logopäden und Podologen
Vorlage: 53/0154/XVI/2014

Protokoll:

Amtsarzt Dr. Dörr machte auf das neue Ärzteverzeichnis aufmerksam.

Unter Verweis auf die Vorlage erläuterte er, dass das Gesundheitsamt derzeit eine Datenbank zu den nicht akademischen Heilberufen aufbaue.

11. Anfragen

Protokoll:

Kreistagsmitglied Dubbel fragte an, ob etwas zur Lage der Asylanten im Rhein-Kreis Neuss gesagt werden könne. Weiterhin, ob ein Landes- oder Bundesprogramm existiere, in welchem die Begleitung dieser Personengruppen geregelt sei.

Dezernent Mankowsky erläuterte die Zuständigkeit des Kreisgesundheitsamtes bezüglich der Erstuntersuchung bei Aufnahme im Übergangwohnheim in der Alexiusklinik.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz ergänzte, dass die Frage der Unterbringung eine große Herausforderung für die Städte und Gemeinden seien, bei denen die Zuständigkeit läge.

Eine Bestandsaufnahme, die für den Kreisausschuss gefertigt worden sei, werde dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Kreistagsmitglied Michael-Fränzel bat um Veröffentlichung der freien Heimplätze im Rhein-Kreis Neuss.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz bat um Verständnis, dass diese Liste aus wettbewerbstechnischen und datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werde.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose sah es als unglücklich an, dass der Gesetzgeber keine Reglementierung zur Neuerrichtung von Heimen geschaffen habe, um hierdurch u.a. Leerständen vorzubeugen. Das Thema sei sehr komplex. Er schlug vor, dies daher in der nächsten Sitzung weiter zu behandeln.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:15 Uhr die Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz

Birgit Rothe-Slak
Schriftführung

Arbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtsverbände
im Rhein-Kreis Neuss



Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände
im Rhein-Kreis Neuss c/o Diakonie Rhein-Kreis Neuss,
Am Ständehaus 12 / 41515 Grevenbroich

Rhein-Kreis Neuss
Sozialdezernent
z.Hd. Herrn Jürgen Steinmetz
Lindenstr. 2-4
41515 Grevenbroich

DER VORSITZENDE

Bernd Gellrich
c/o Diakonie Rhein-Kreis Neuss
Am Ständehaus 12
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 605-200
Fax: 02181 / 605-237

Bernd.Gellrich@DiakonischesWerk.de

Unser Zeichen:

Datum: 18.08.2014

Verteilung der Globalmitteldotationen

Sehr geehrter Herr Steinmetz,

die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Rhein-Kreis Neuss hat sich am 22. Mai 2014 einstimmig auf einen neuen Verteilungsschlüssel für die Aufteilung der Globalmittel geeinigt (s. Anlage). Der Beschluss erfolgte damals unter Beteiligung aller Verbände einstimmig. 14 Tage später hat der Paritätische Landesverband NRW die Zustimmung schriftlich zurückgezogen.

In einem längeren Abwägungsprozess hat die Arbeitsgemeinschaft auf der jüngsten Sitzung am 18. August 2014 den Beschluss vom 22. Mai 2014 bei einer Gegenstimme des Paritätischen bestätigt.

Anbei erhalten Sie unseren Verteilungsvorschlag für die Beratung im Gesundheits- und Sozialausschuss.

Für weitere Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen


Bernd Gellrich
Vorsitzender AGW

Anlage

Verteilung der Globalmitteldotationen an die Verbände der freien Wohlfahrtsbände im Rhein-Kreis Neuss

Auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände im Rhein-Kreis Neuss am 22. Mai 2014 wurde ein neuer Verteilungsschlüssel für die Aufteilung der sog. Globalmittel festgelegt.

Die Regelung fand unter Beteiligung aller Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft statt und erfolgte einvernehmlich.

1. Für die Verteilung der Globalmittel werden Vollkräfte im Jahresdurchschnitt / Vollzeitäquivalente erhoben.
2. Bei der Vollkräfteberechnung können auch ausgegliederte Teilbereiche berücksichtigt werden, sofern der jeweilige Verband 100% der Trägerschaft innehat.
3. Mitarbeitenden aus dem Bereich Rettungs- und Katastrophendienst werden nicht mitgezählt, da dieser Bereich nicht zu den vereinbarten Aufgabenwahrnehmungen zählt.
4. Mit dem Rhein-Kreis Neuss wurden folgende Aufgabenwahrnehmungen durch die freien Wohlfahrtsverbände festgelegt:
 - Wahrnehmung spitzenverbandlicher Aufgaben in der Jugendhilfe, Altenhilfe und Sozialplanung
 - Mitwirkung in den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsgemeinschaften sowie in der Pflegekonferenz, der Gesundheitskonferenz, dem Gesundheits- und Sozialausschuss und den angeschlossenen Steuerungsgruppen sowie der Kommission „Silberner Plan“
 - Mitwirkung in den Arbeitsgemeinschaften der Freien Wohlfahrtspflege im Rhein-Kreis Neuss sowie der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft
 - Beratung und Unterstützung angeschlossener Mitgliedsvereine und Verbände sowie weiterer Gruppen
 - Geschäftsführung des jeweiligen Wohlfahrtsverbandes
 - Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst als Unterstützung für die unterschiedlichen Leistungsbereiche des Wohlfahrtsverbandes
 - Unterstützung für unterschiedliche Arbeitsbereiche durch Mitarbeitende mit Mehraufwandsentschädigung und ehrenamtliche Mitarbeitende
 - Die Gewinnung, Begleitung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit innerhalb und außerhalb des Wohlfahrtsverbandes, wie z.B. Vorstandsarbeit, Organisation von Sammlungen, Festen und Feiern, Mitgliederbetreuung
 - Unterstützung und Schaffung von ehrenamtlicher Arbeitsfeldern; Beratung, Begleitung und Förderung/Weiterbildung ehrenamtlicher Mitarbeitenden
 - Die Unterstützung für Familien und deren Kinder bzw. von Einzelpersonen in akuten Notlagen
 - Die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen in sozialer und finanzieller Armut (z.B. Bildung, Mahlzeiten, Kleidung und Schulmaterialien)
 - Die sozialanwaltliche Unterstützung von Hilfebedürftigen
 - Initiativen zur Stärkung von Selbstbestimmung und Autonomie im Leben der Menschen
 - Die Förderung ehrenamtlichen Engagements, die Stärkung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements, die Förderung von Freiwilligenarbeit
 - Beratung von Verwaltung und Politik bei der Optimierung von Hilfsangeboten
 - Einwerbung von Drittmitteln bei Stiftungen und Spendern
5. Jeder Verband erhält einen Sockelbetrag von 12.500 €. Sollten bisher in der Förderung berücksichtigte Verbände fusionieren, so erhalten sie den doppelten Sockelbetrag, wie z.B. der Caritasverband Rhein-Kreis Neuss. Es sollen ab dem Jahr 2014 erhalten:

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Rhein-Kreis Neuss



AWO Neuss:	12.500 €
Paritätischer:	12.500 €
DRK Neuss:	12.500 €
DRK KV Grevenbroich:	12.500 €
CV Rhein-Kreis Neuss:	25.000 €
DW Neuss:	12.500 €
DW Rhein-Kreis Neuss	12.500 €

- Die über den Sockelbetrag hinaus gehende Zuschussmittel (derzeit 178.000€) sollen entsprechend der Vollkräfte verteilt werden. Der Vollkräfteschlüssel wird jährlich angepasst.
Der Vollkräfteschlüssel bezieht sich immer auf die vom Wirtschaftsprüfer – im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses – festgestellten Mittelwerte eines abgeschlossenen Geschäftsjahres. Bei der Mittelvergabe wird immer auf die Vorjahreswerte zurückgegriffen werden. D.h. für die Mittelvergabe 2014: die vom Wirtschaftsprüfer testierten Werte 2013.
- Da der Paritätische aufgrund seiner Verbandsstruktur eine Sonderrolle einnimmt, werden pauschal 30 Vollkräfte bei der Berechnung zugrunde gelegt.
- Die Verteilung für 2014 (Stand: 22. Mai 2014) erfolgt folgendermaßen:

Verband	Sockelbetrag	Vollkräfte	Zuschuss VK	Gesamt
AWO Neuss	12.500 €	77	9.180 €	21.680 €
Paritätischer	12.500 €	30	3.577 €	16.077 €
DRK RKN	12.500 €	22	2.623 €	15.123 €
DRK NE	12.500 €	132	15.737 €	28.237 €
CV RKN	25.000 €	680	81.072 €	106.072 €
DW Neuss	12.500 €	218	25.991 €	38.491 €
DW RKN	12.500 €	334	39.820 €	52.320 €
	100.000 €	1.493	178.000 €	278.000 €

Norbert Kallen
Caritasverband Rhein-Kreis Neuss

Karl Boland
Der Paritätische

Manfred Lenz
Deutsche Rote Kreuz
Kreisverband Grevenbroich

Deutsche Rote Kreuz
Neuss

Bülent Öztas
Arbeiterwohlfahrt Neuss

Bernd Gellrich
Diakonisches Werk Rhein-Kreis Neuss

Christoph Havers
Diakonie Neuss



Wie gesund sind unsere
I-Dötzchen?



800 i-Dötzchen ohne Gesundheits-Check

Zahlreiche Düsseldorf Kinder starten heute in ihr Schulleben ohne die vorgeschriebene Eingangsuntersuchung. Die Eltern sind irritiert. Das Gesundheitsamt gibt personelle Engpässe als Grund an und will den Test nachholen.



Marlene Mehrwald und Johanna Schneider aus Düsseldorf kommen heute in die Schule, doch die Eingangsuntersuchung haben sie nicht durchlaufen. rtr-akt

VON JÖRG DRINGHAUS
UND JÖRG JANSSEN

Düsseldorf Vanessa Schneider war immer noch auf eine Einladung des Düsseldorfer Gesundheitsamtes, „Ihnen wurde Anfang Juli sechs, kommt in die Schule und bitte länger untersucht werden müssen. Ich frage mich, was da schief gelaufen ist“, sagt die 36-jährige, die im Düsseldorfer Stadtteil Angermund lebt. Wie für viele es auch anderen Müttern in der Landeshauptstadt. Ihre zwischen Juni und September 2008 geborenen Kinder werden heute – ganz regulär – eingeschult und hätten eigentlich länger von einem Kinderarzt des Gesundheitsamtes etwa auf die Sehe- und Hörvermögen untersucht werden müssen. „von bekannten in Duisburg weiß ich, dass das länger passiert ist“, sagt Ines Mehrwald, ihre Tochter Marlene wird im September sechs Jahre alt. „Gerade bei den jungen Kindern müsste doch, wenn überhaupt, vor dem Schulstart geprüft werden, ob sie nicht doch noch für ein Jahr zurückgestellt werden müssen“, meint die 37-jährige. Laut Schulministerium ist es verpflichtend, die Kinder vor Schulantritt auf ihre Eignung zu untersuchen. Die Aussage des Gesundheitsamtes, die Untersuchungen würden nachgeholt, findet die Mutter skeptisch. „Soll ich mein eingeschultes Kind wieder aus der Schule nehmen? Und wer stellt mir einen Kita-Platz zur Verfügung?“

Michael Schäfer, Vize-Chef des Gesundheitsamtes, versteht den Ärger der Mütter. Personelle Engpässe über mehrere Monate seien der Grund für die Verzögerung. „Eine Kollegin war bis Mai im Mutterschutz, eine andere hatte im vergangenen Jahr gekündigt. Es hat gedauert, bis wir diese Stelle wiederbesetzen konnten“, sagt der Mediziner. Insgesamt arbeiten in diesem Bereich sieben Kinderärzte. Bis zu 154 Untersuchungen pro Woche gibt es.

HINTERGRUND

Medizinischer Check dauert bis zu 2,5 Stunden

Die **Schulneulingsuntersuchung** besteht aus: einem Sehtest, einem Hörtest, einer Impfabklärung, einem erweiterten Sporttest, bei dem Motorik, Koordination und Bewegung geprüft werden, Wägen und Messen, einer Besprechung der Gesundheitseigenen, falls der Kinder und Eltern Abschnitzgespräch. Untersuchungsdauer zwischen 1,5 und 2,5 Stunden.

wenn alle Kollegen an Bord sind. „Doch dieser Tag war nicht zu halten“, sagt Schäfer. Mit Pünkt für einen Teil der Düsseldorfer i-Dötzchen. Denn von den rund 5000 Kindern, die heute ihren ersten Schultag haben, werden bislang fast 800 nicht untersucht, die in den Monaten vor dem Stichtag 30. September 2008 geboren wurden. Laut Schäfer soll der Untersuchungsstatus jetzt rasch abgearbeitet werden. „Allein bis 11. September haben wir 214 Termine vergeben, danach geht es weiter.“

Die Sorge der Mütter, sie erfüllen womöglich erst in der Schule, dass ihr Kind noch nicht wirklich geeignet ist, hält er für unbegründet. „Jungen und Mädchen, bei denen das wahrscheinlich ist, fallen bereits bei der Anmeldung auf. Sie wurden von uns bevorzugt untersucht.“ Und falls es einen solchen Fall doch gibt: „Niemand wird wieder eingeschult. Wir werden ein solches Kind so unterstützen, dass es Erfolg hat.“ Im Zweifel auch mit einem Integrationshelfer.

Die Befragungen der Düsseldorf Eltern sind nicht unbegründet. Die Zahl der aus „erheblichen medizinischen Gründen“ um ein

Jahr zurückgestellten Erstklässler ist laut Schulministerium stark gestiegen. Waren es im Schuljahr 2006/07 noch 313 Kinder (Anzahl an der Gesamt-Kinder-Zahl: 0,2 Prozent), stiegen die Anteile 2012/13 auf 1374 Kinder (als nicht schulfähig ein (2,4 Prozent). Im Jahr 2013/14 waren es immerhin noch 3075 Kinder (zwei Prozent). Eine richtige Erklärung für diese „statistische Auffälligkeit“ habe man auch im Ministerium nicht, sagt Sprecherin Barbara Löcherbach. „Vermutlich spielt der gesellschaftliche Trend eine Rolle, dem Nachwuchs wieder eine kindgerechte Schullehre zu ermöglichen“, spekuliert Löcherbach. 2011 hatte die Landesregierung das Elternkriterium nachgezogen und als Stichtag den 30. September festgelegt. Nur Kinder, die dann sechs Jahre alt sind, dürfen eingeschult werden. CDJ und PDJ sollten zuvor auch fünfjährige einschulen, bei ihnen galt der 30. Juni als Stichtag.

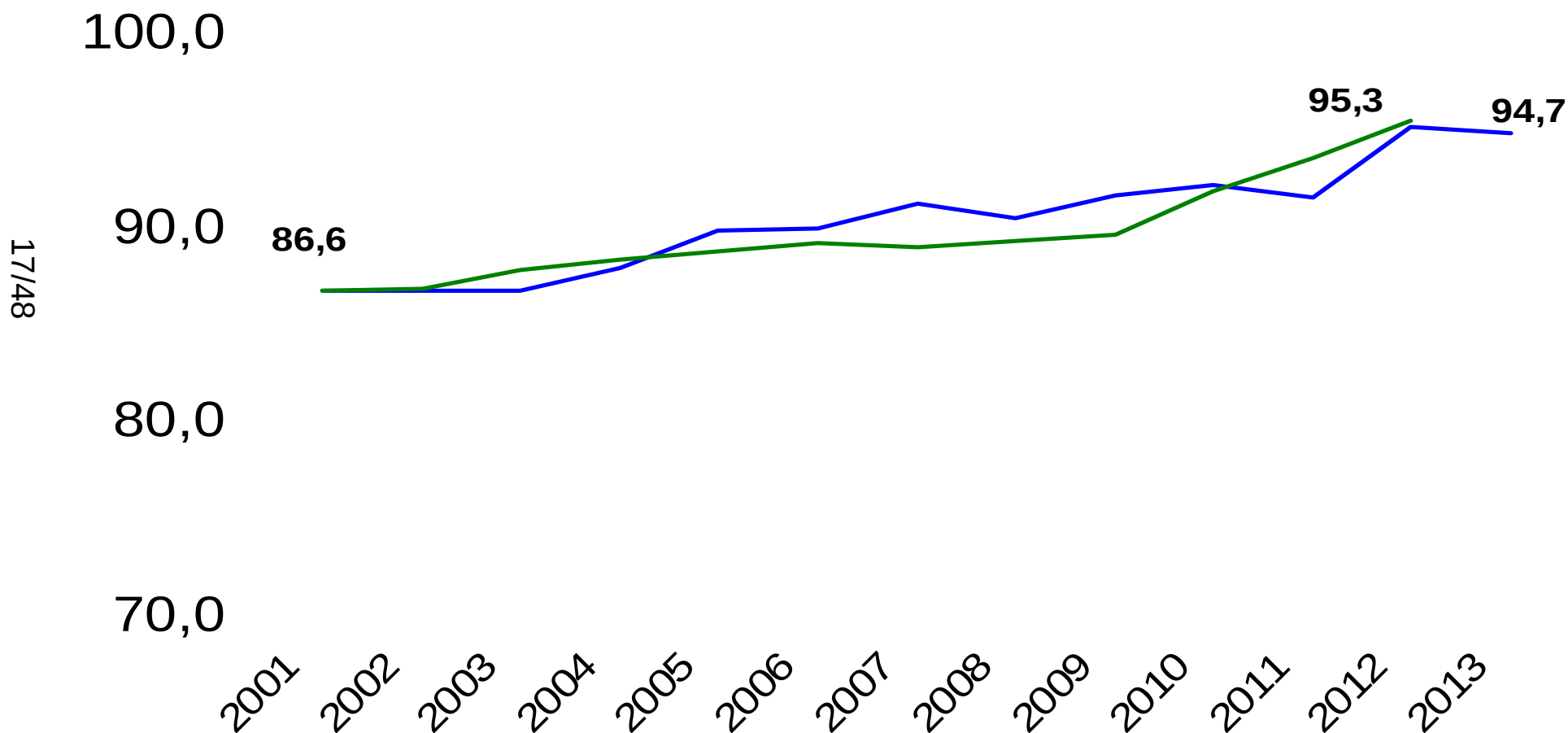
Rita Borne von der Lehrerwerkstatt GfV sieht genau in dieser Verunsicherung über das Schulleben auch den Grund für die Zunahme der Zurückstellungen – auch wenn sich der Effekt erst etwas verspätet bemerkbar gemacht hat. Eltern können, wenn sie ihren Sprössling als noch nicht schulfähig betrachten, neben der Schulneulingsuntersuchung noch eine zusätzliche Gesundheits-Check beantragen.

Borne, die in Münster eine Grundschule leitet, hat allerdings nicht das Gefühl, es mit einer großen Welle an Zurückstellungen zu tun zu haben. Möglich sei auch, dass sich die Datenerfassung einfach verbessert habe: Die Zahlen von 2006 seien verächtlich niedrig. Damals habe es im Land mehr als 700 Schulkinderkassen gegeben, in denen die zurückgestellten Mädchen und Jungen das Jahr überbrücken konnten – für 313 Kinder wäre das ein deutliches Überangebot gewesen.



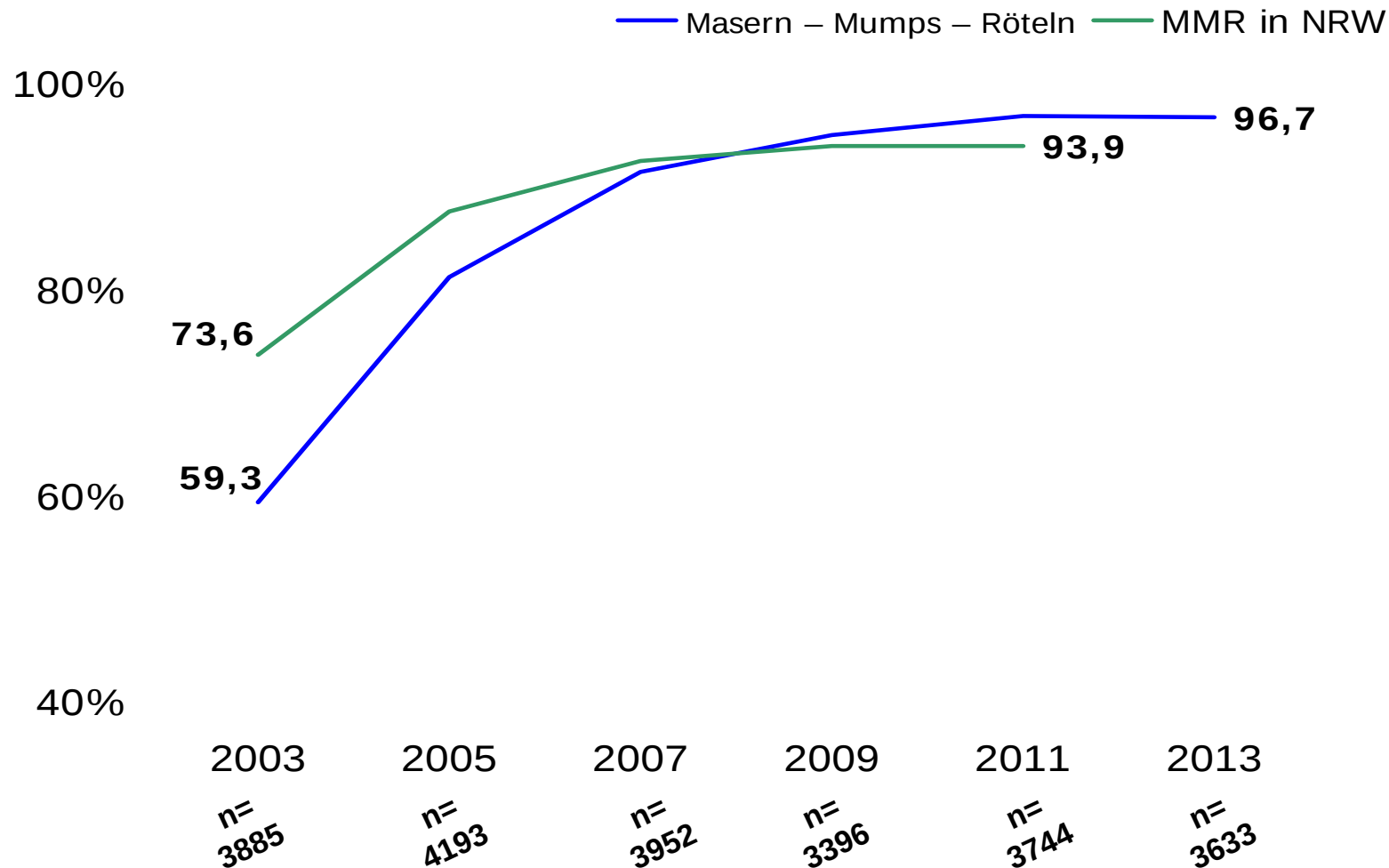
Teilnahme U8 (2001-2013)

— U8 Rhein-Kreis Neuss — U8 NRW





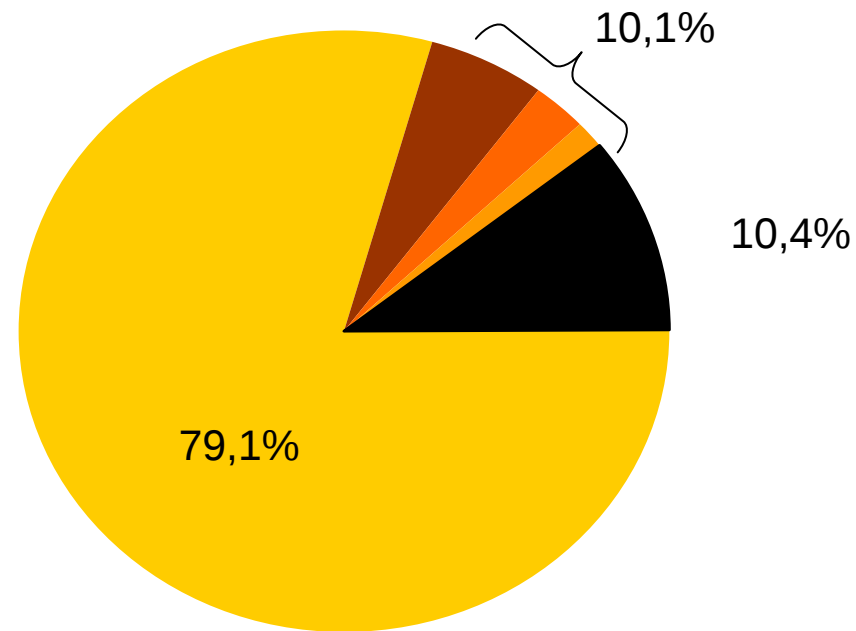
Kompletter Impfschutz bei Masern-Mumps-Röteln (2003-2013)



18/48



Gewicht der Schulneulinge



■ normalgewichtig

■ übergewichtig

■ adipös

■ extrem adipös

■ untergewichtig

n = 3905

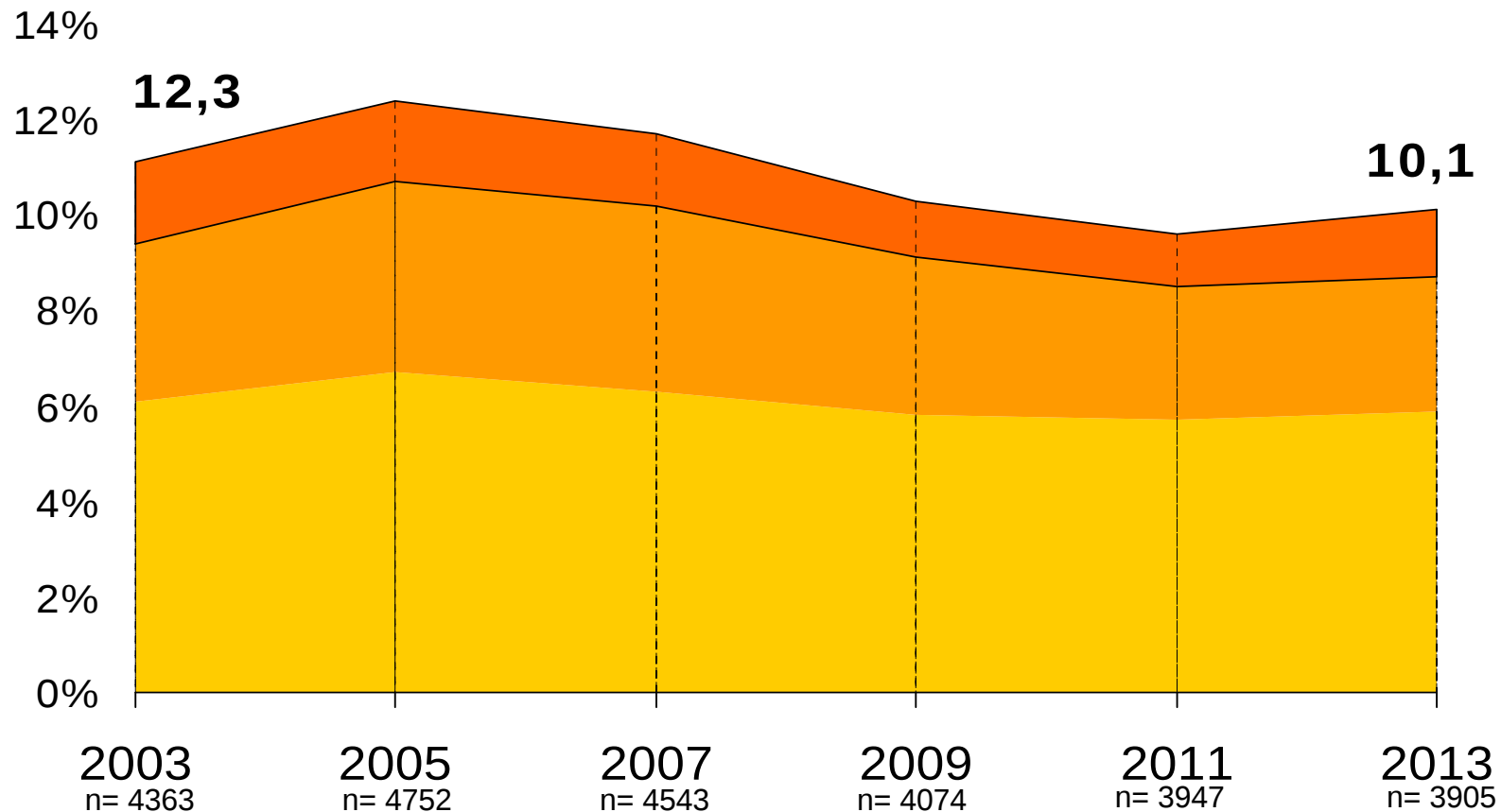


Übergewicht, Adipositas und extreme Adipositas (2003-2013)

■ Übergewicht ■ Adipositas ■ extreme Adipositas

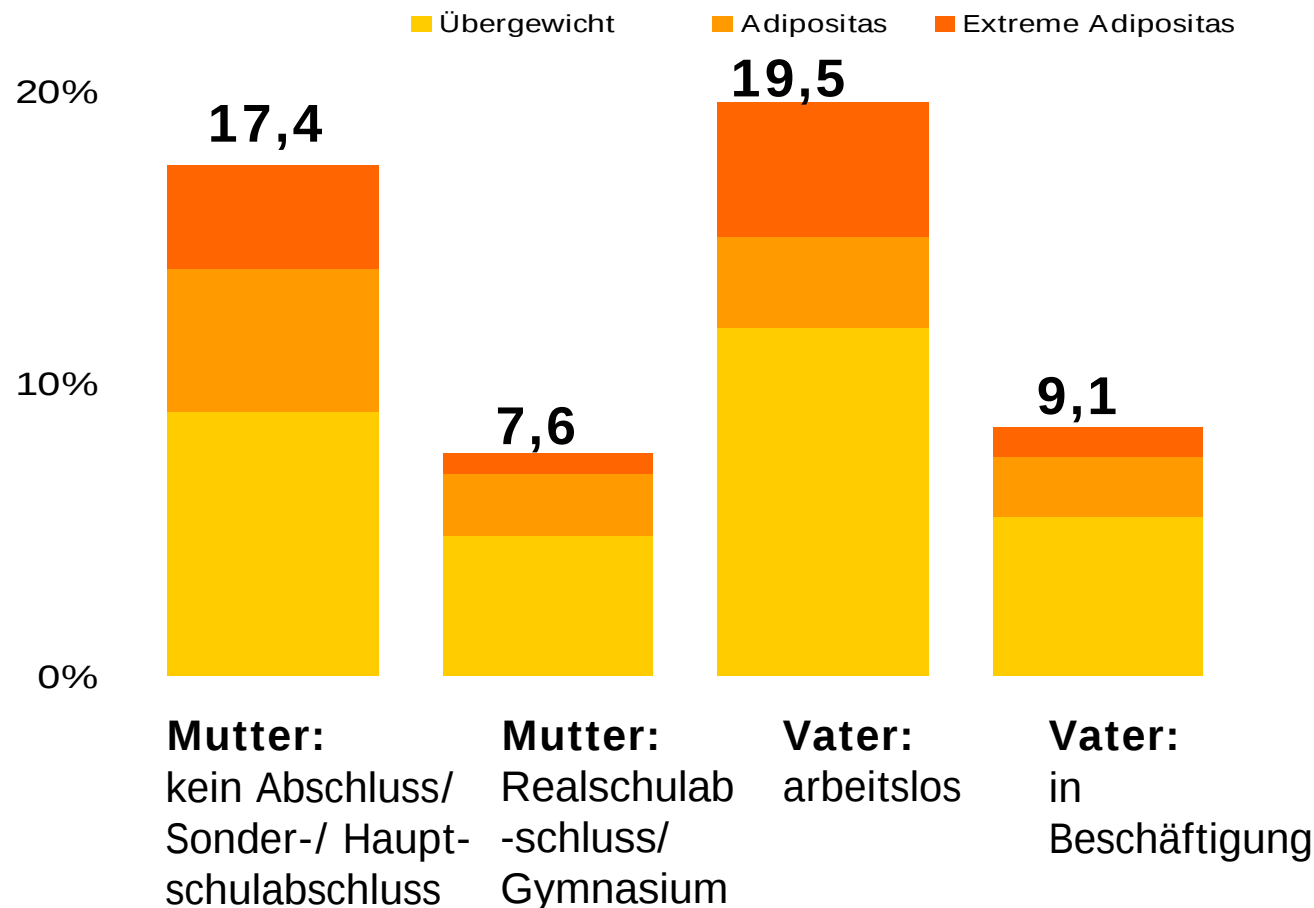
NRW: 11,1 %

20/48





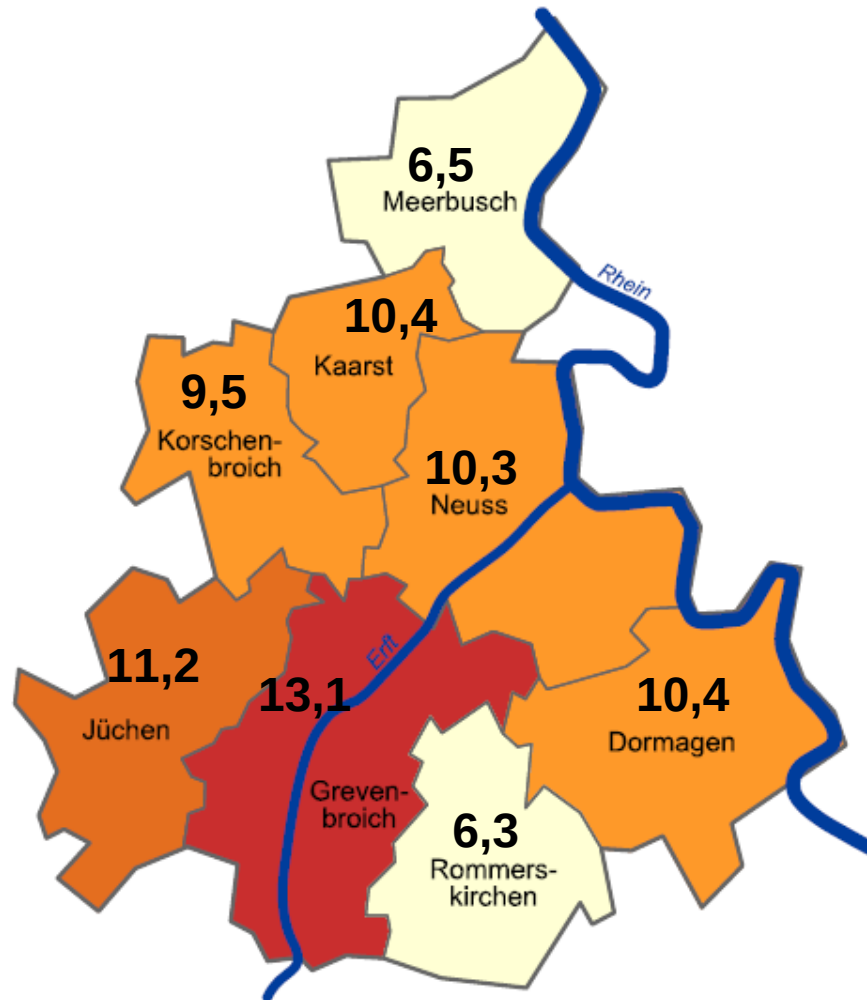
Übergewicht, Adipositas und extreme Adipositas nach Schulbildung der Mutter und Berufstätigkeit des Vaters





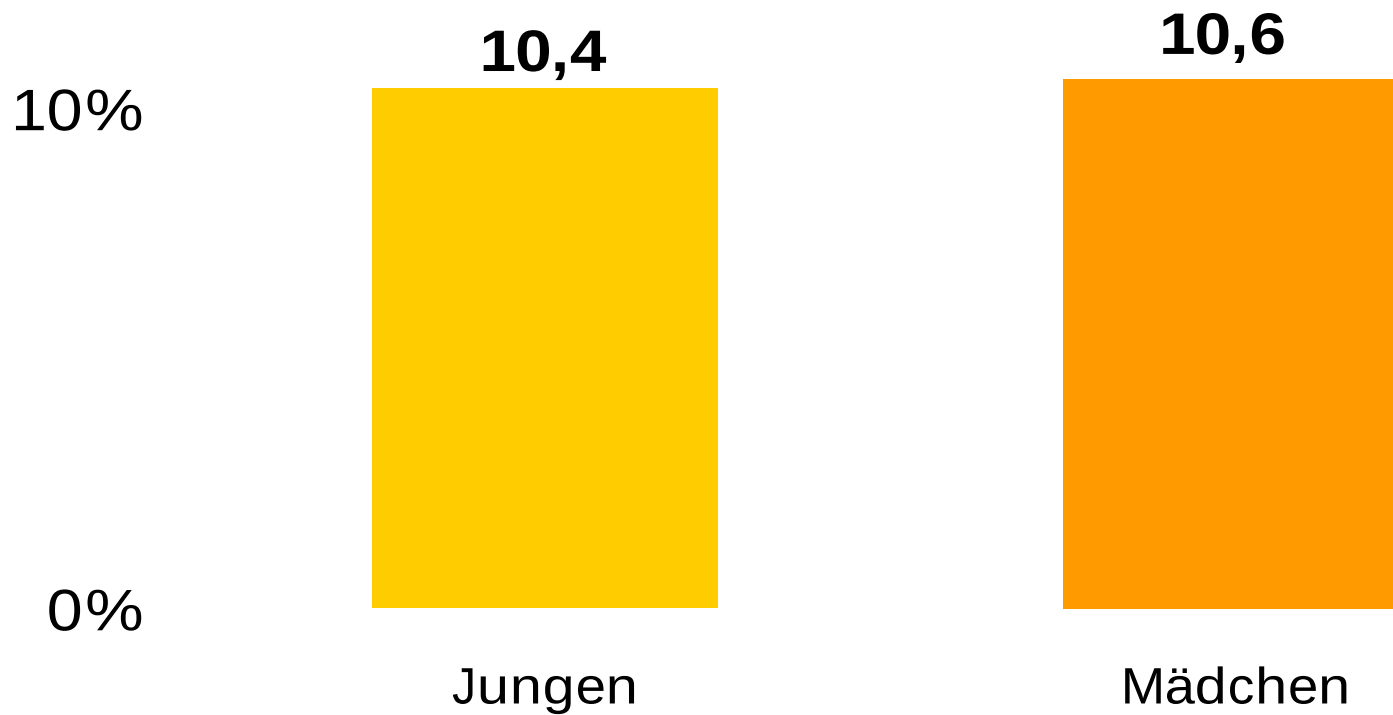
Übergewicht, Adipositas und extreme Adipositas nach Städten und Gemeinden

Rhein-Kreis Neuss: 10,1%
n=3884





Untergewicht nach Geschlecht

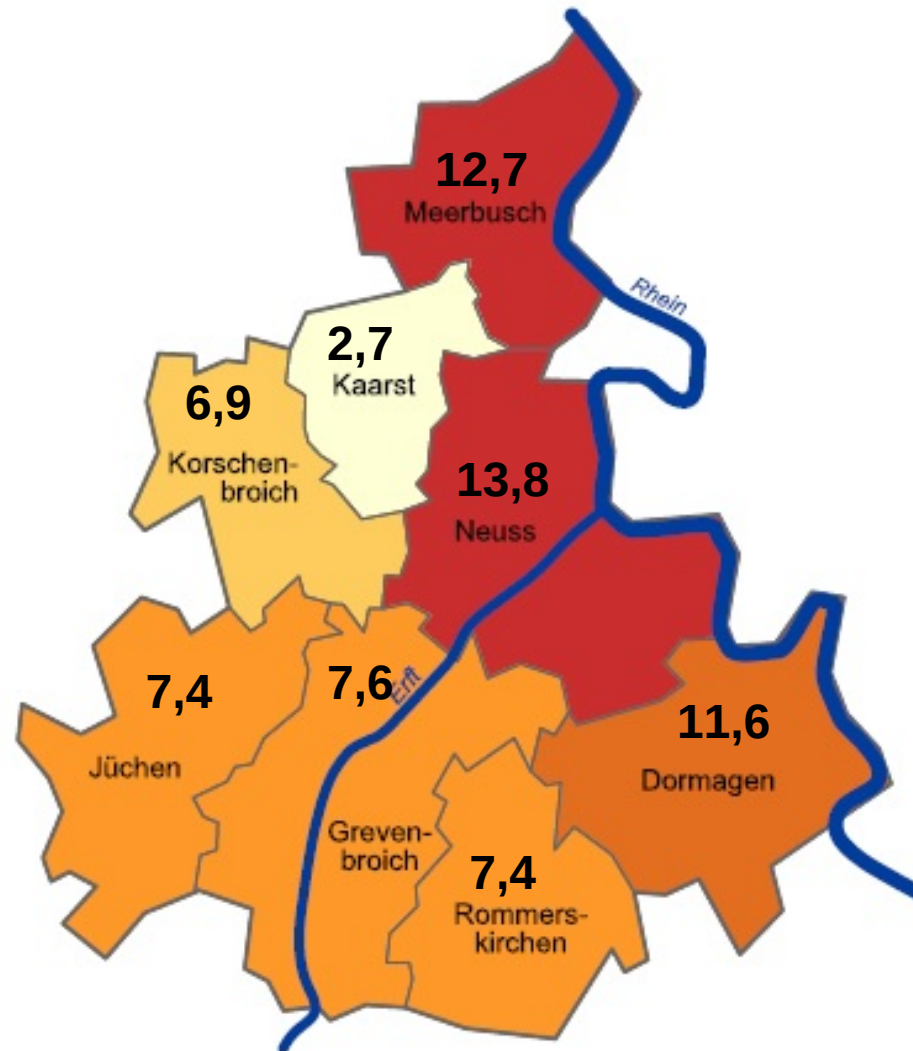


n=3905



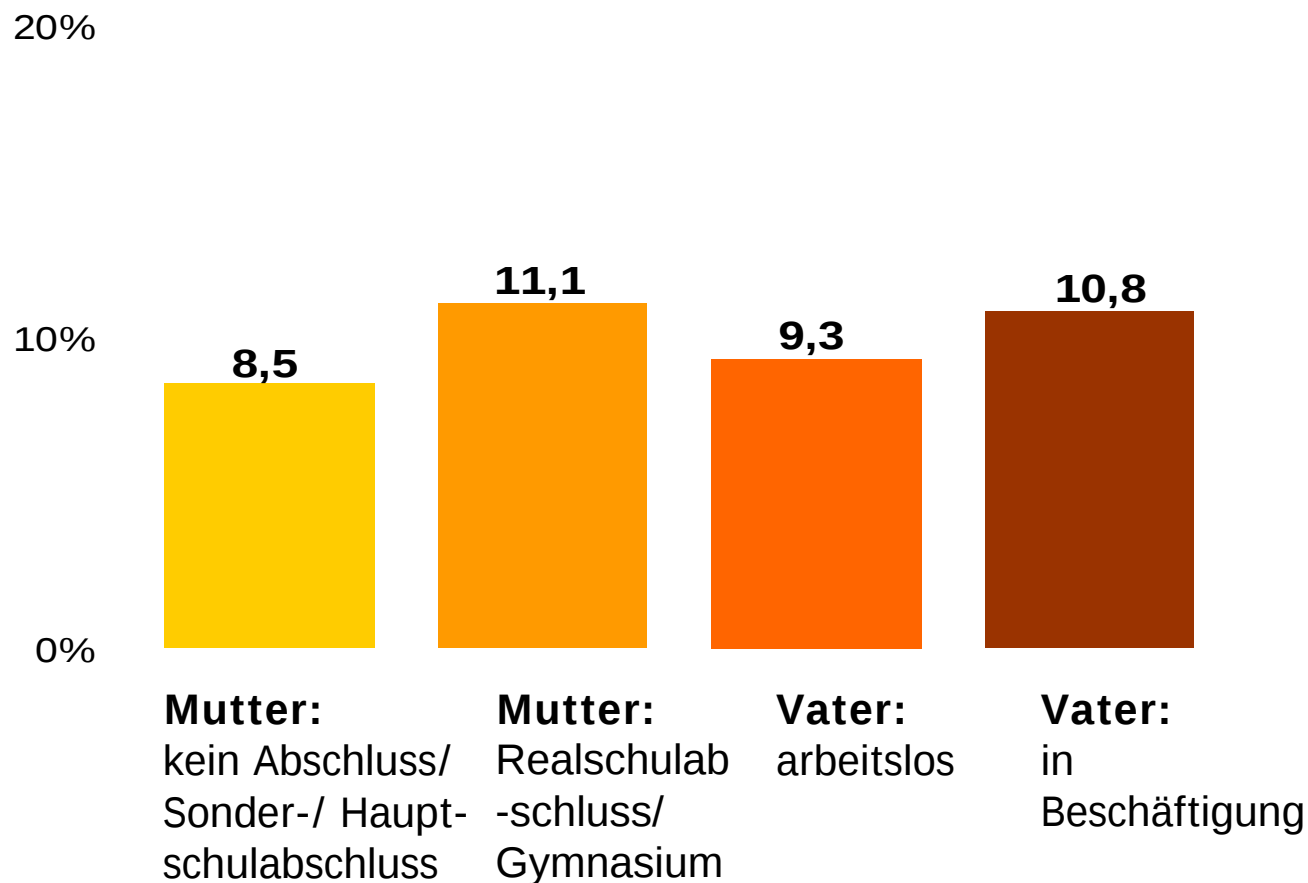
Untergewicht nach Städten und Gemeinden

Rhein-Kreis Neuss: 10,5%
n=3900





Untergewicht nach Schulbildung der Mutter und Berufstätigkeit des Vaters

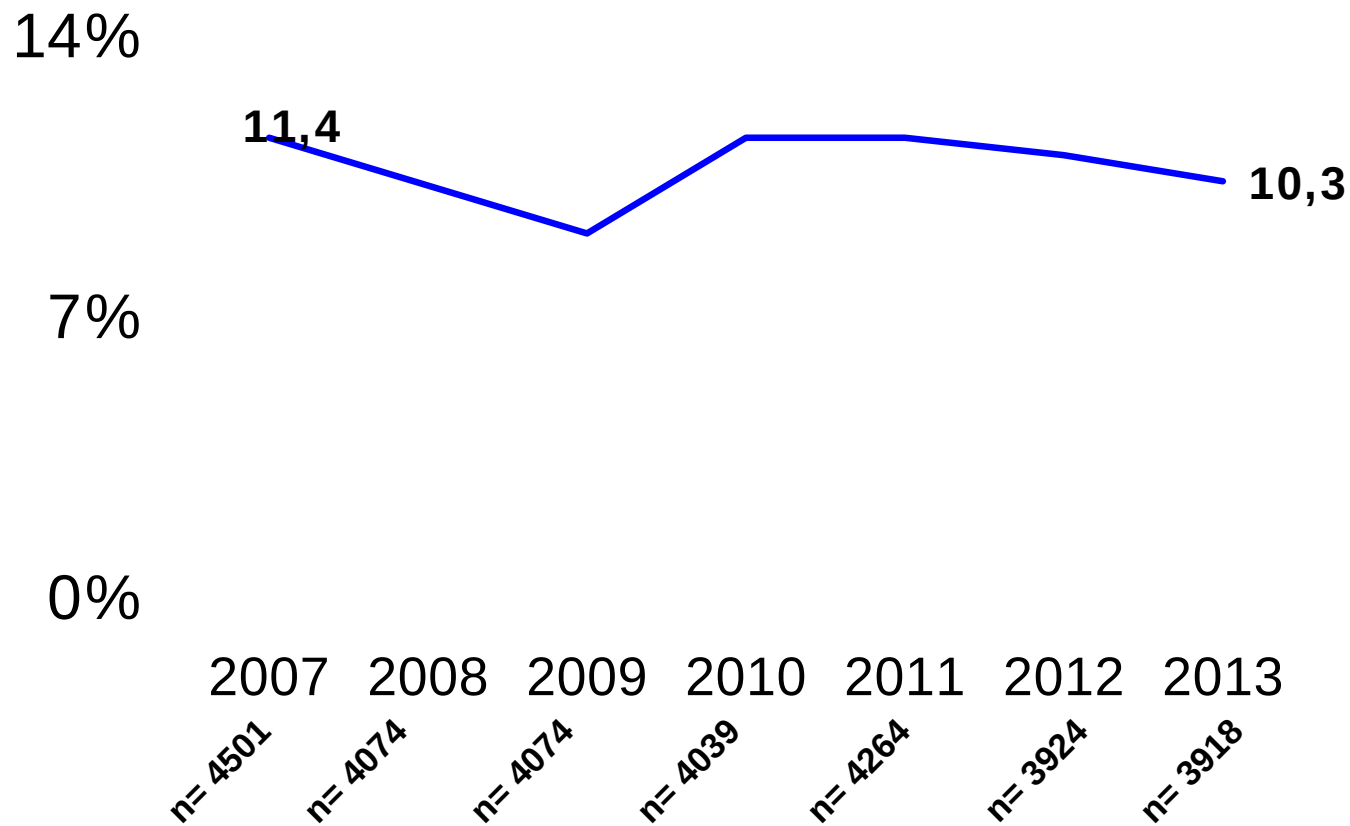


n = 3552



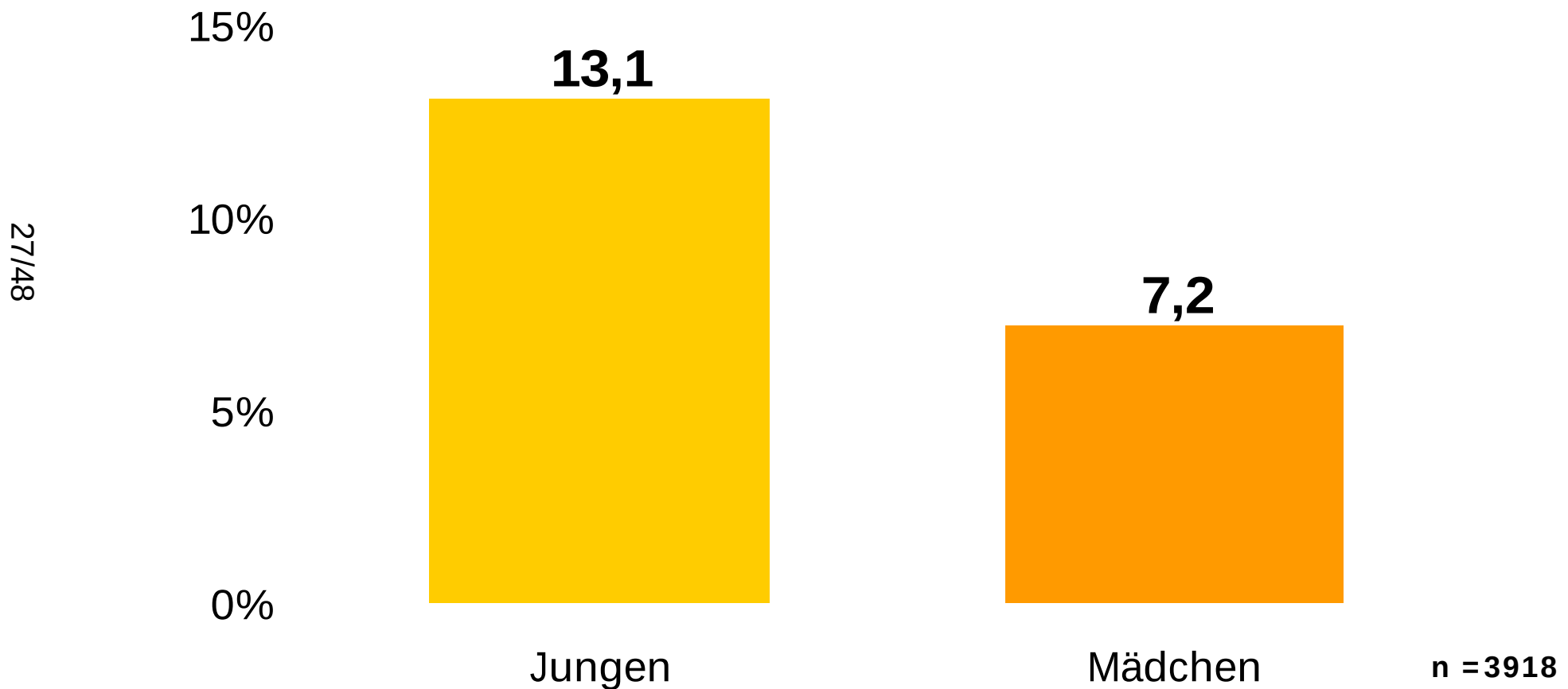
Verhaltensstörungen (2007-2013)

— Rhein-Kreis Neuss



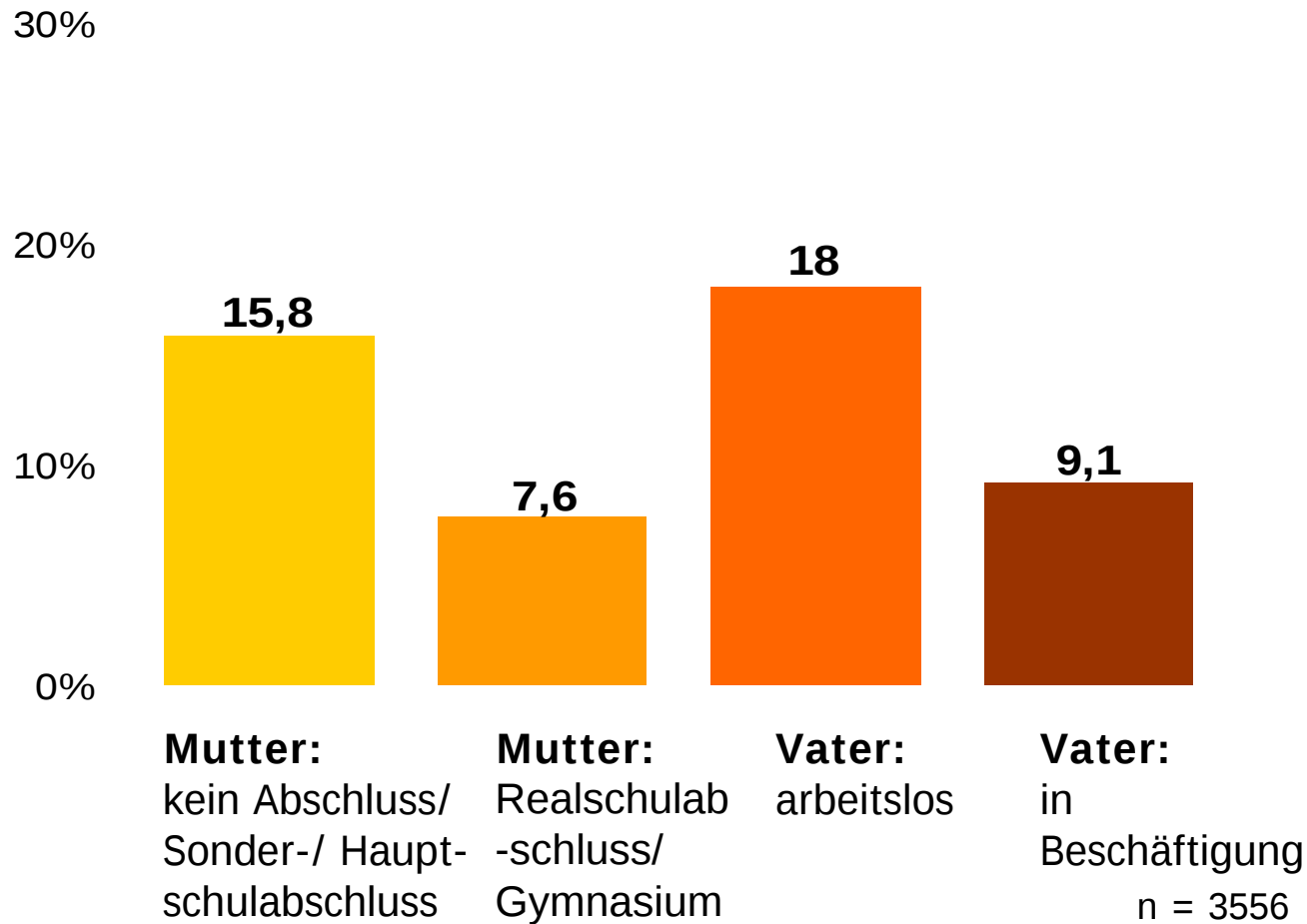


Verhaltensstörungen nach Geschlecht



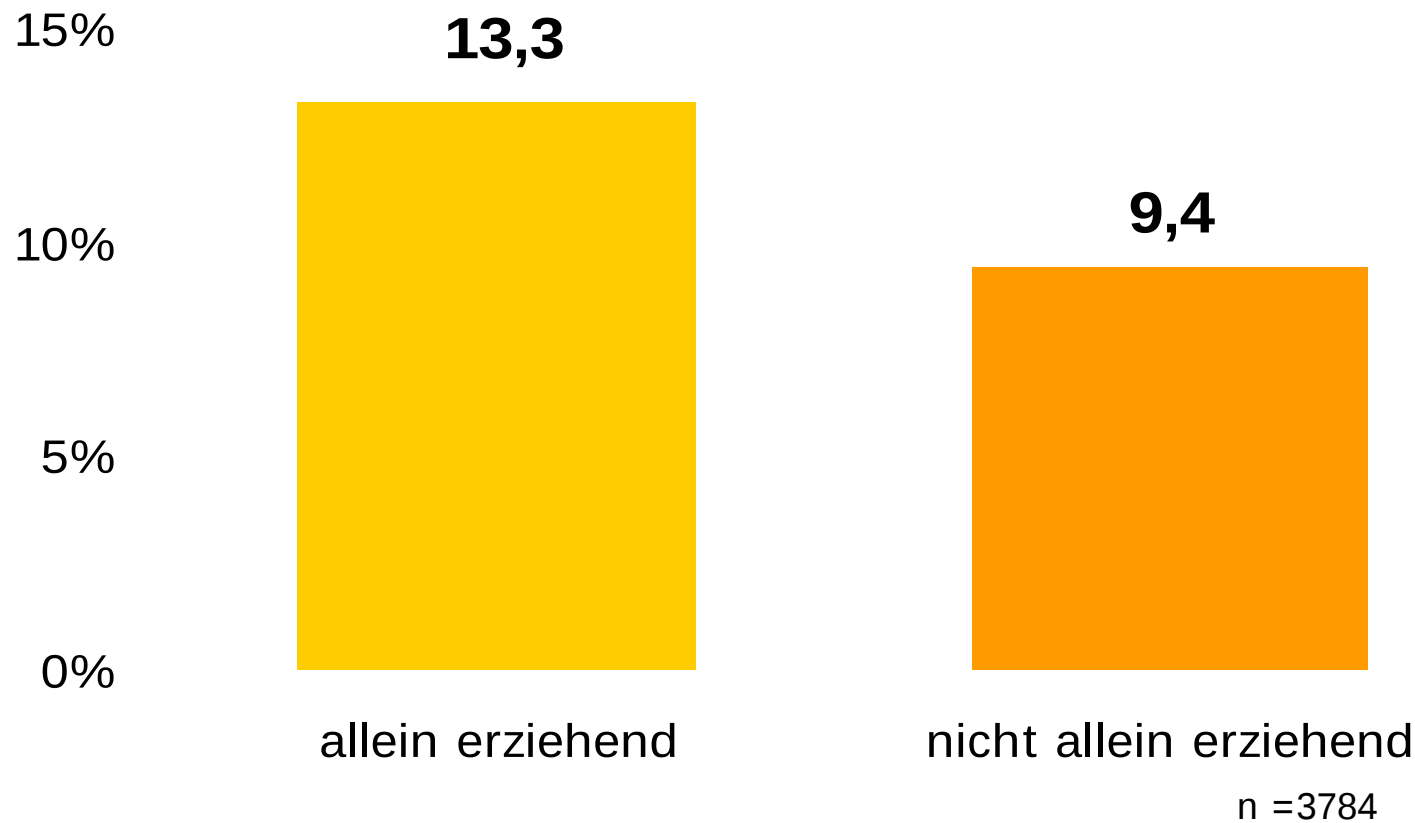


Verhaltensstörungen nach Schulbildung der Mutter und Berufstätigkeit des Vaters



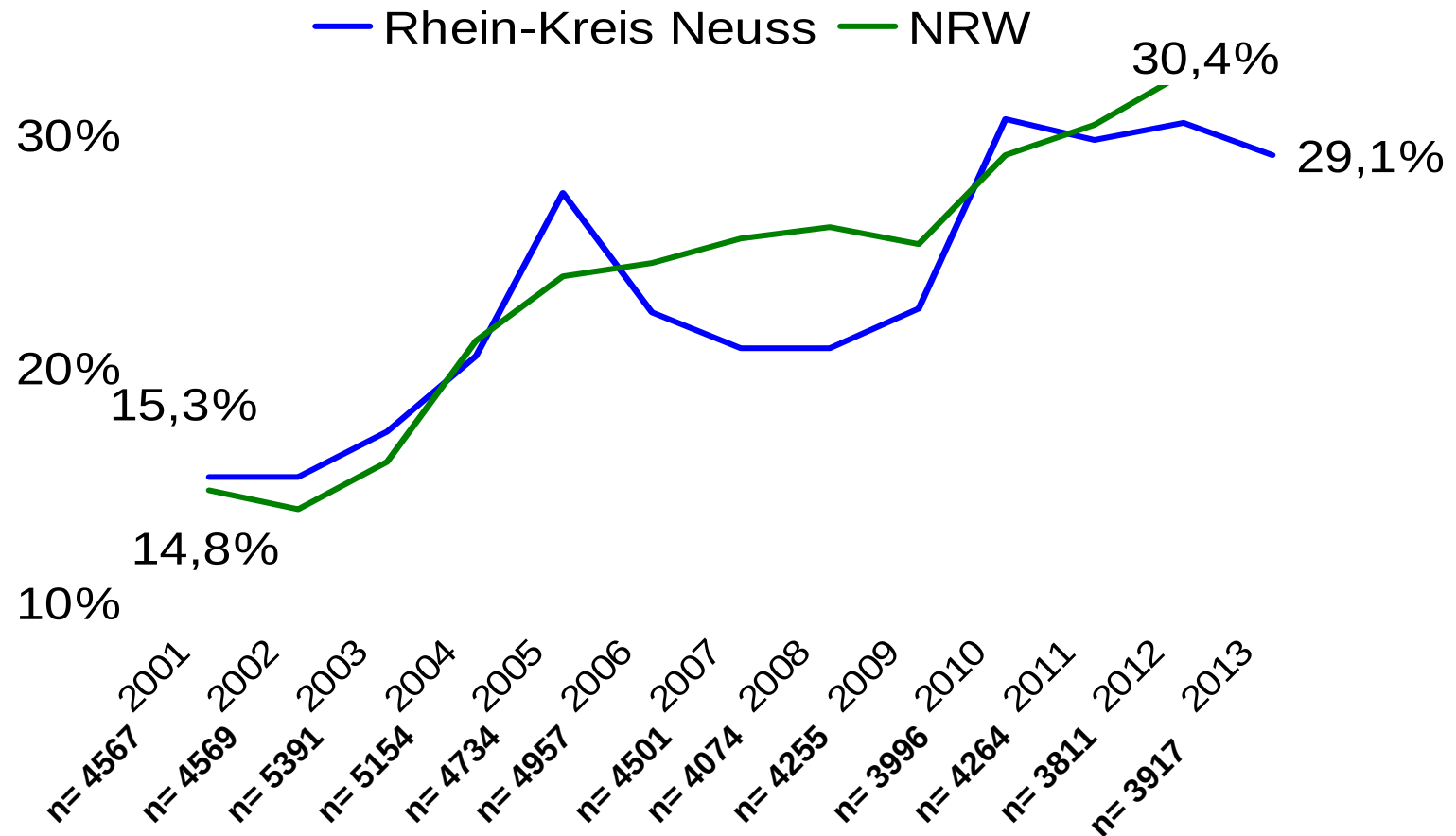


Verhaltensstörungen nach Familienstand



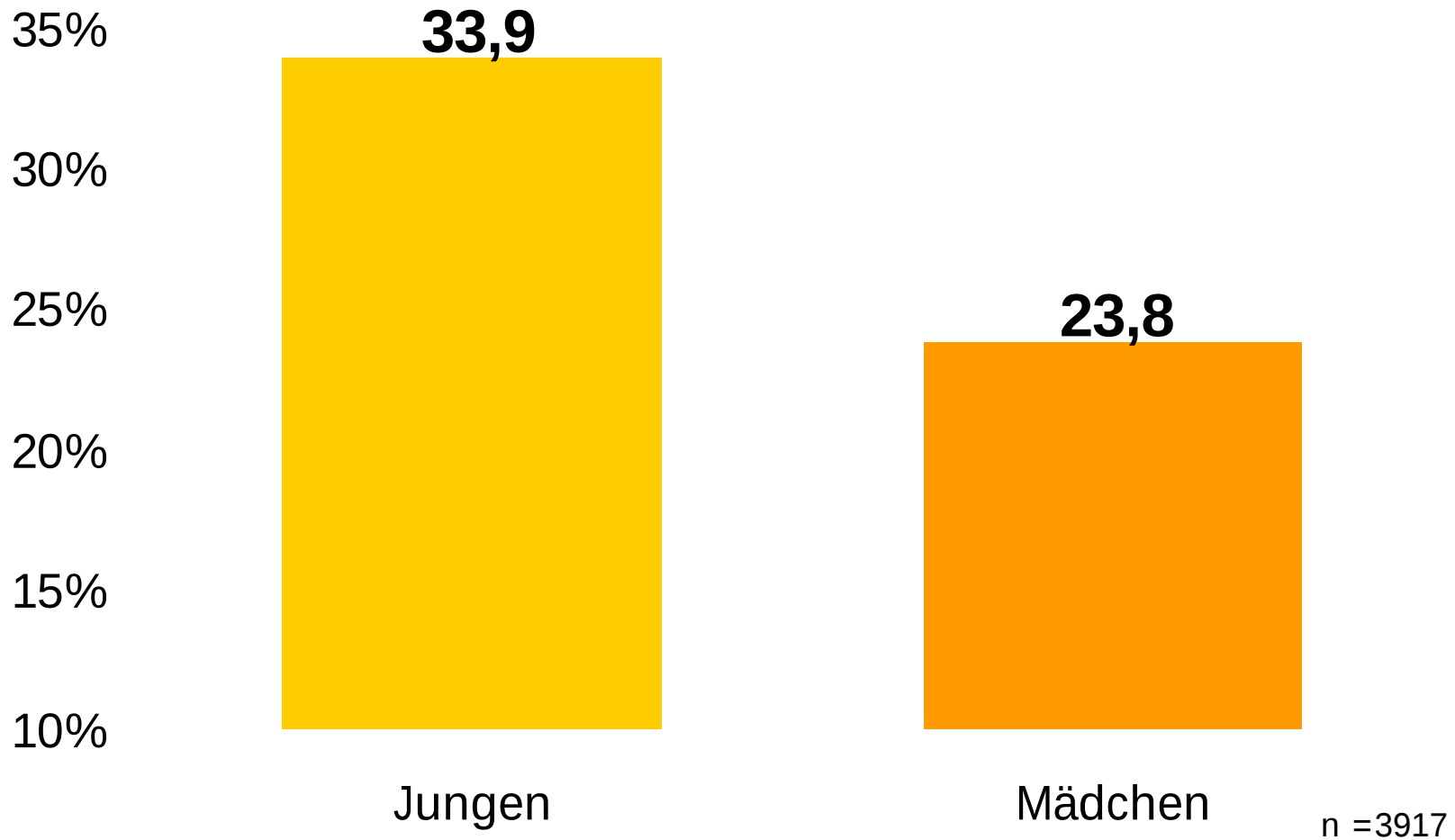


Sprachdefizite (2001-2013)



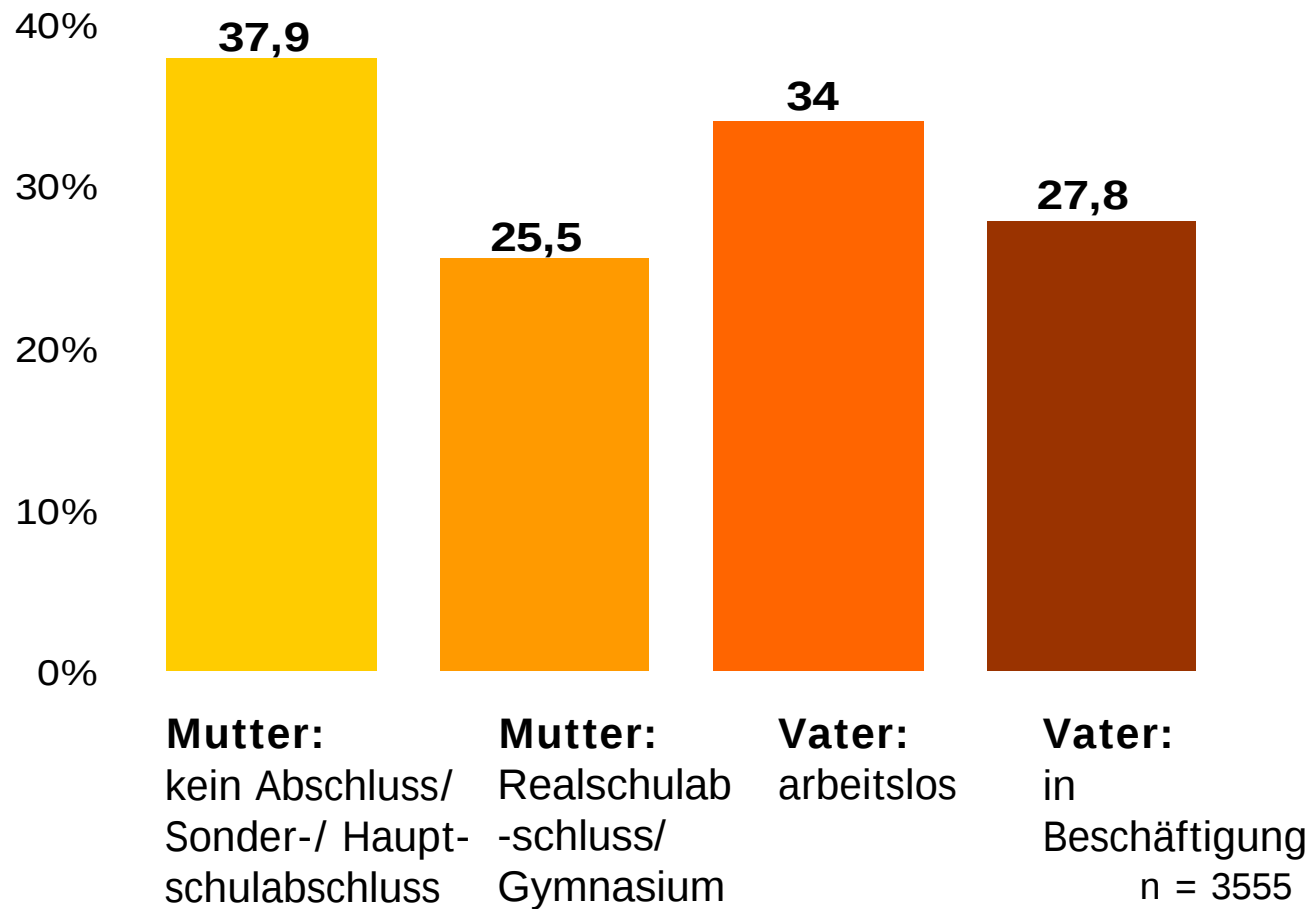


Sprachdefizite nach Geschlecht



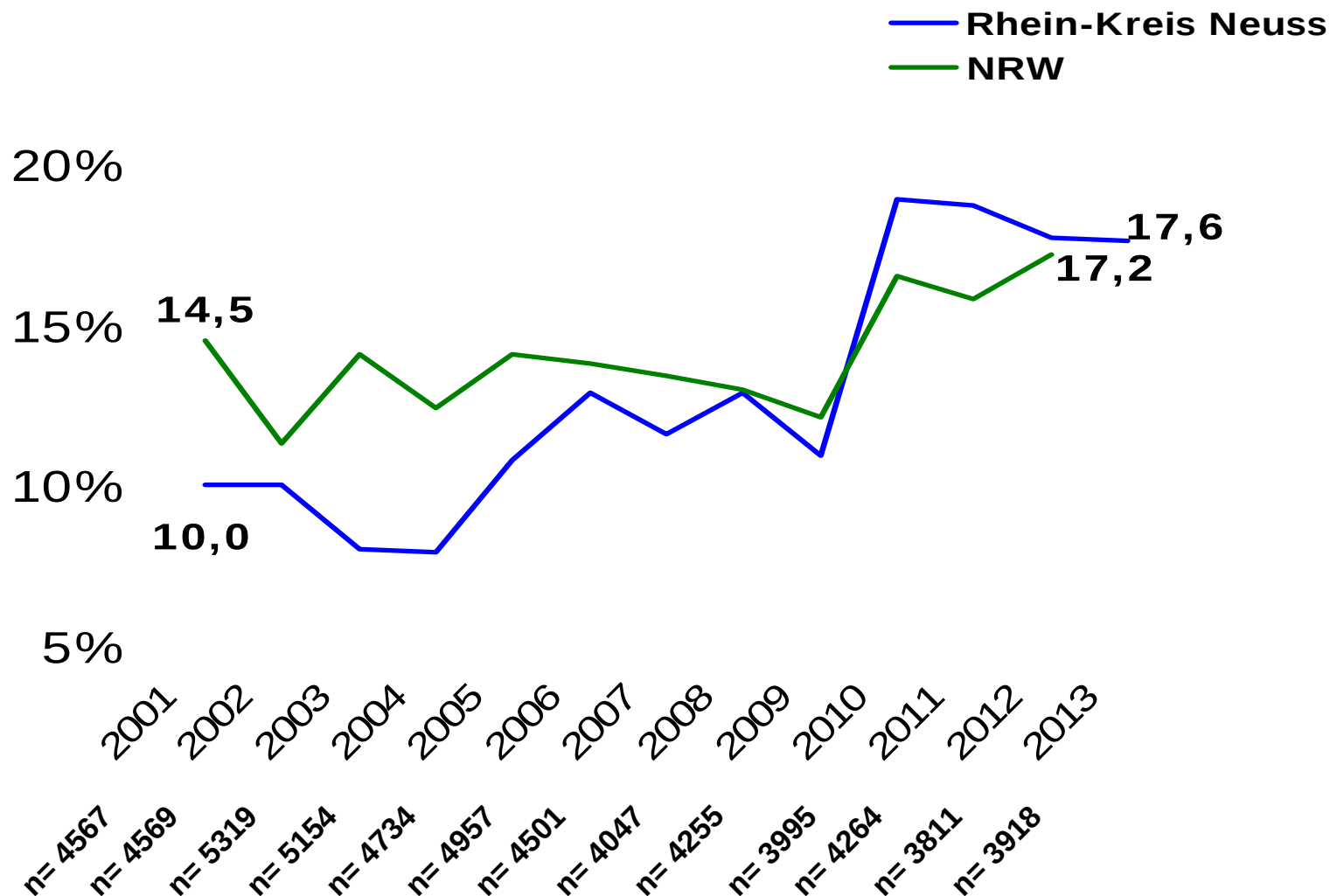


Sprachdefizite nach Schulbildung der Mutter und Berufstätigkeit des Vaters



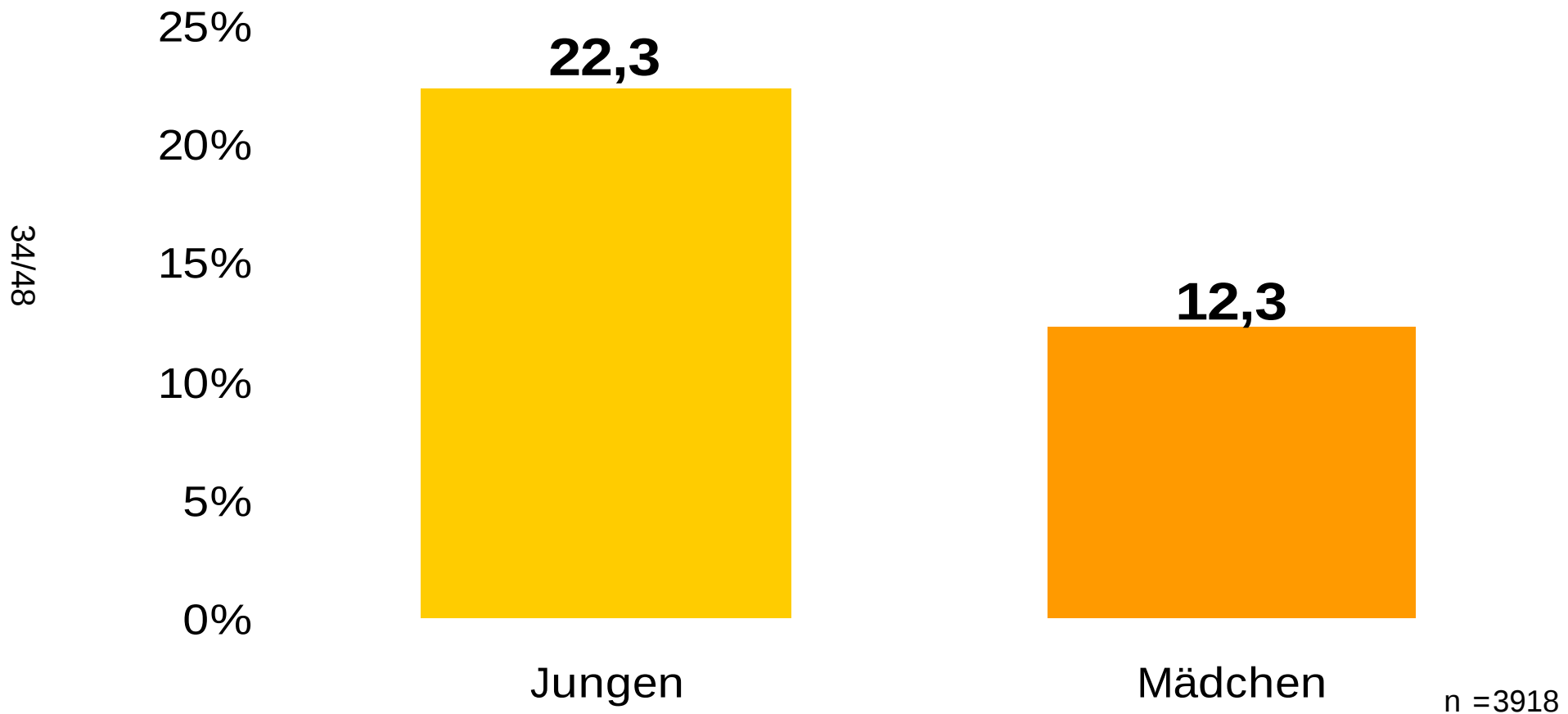


Koordinationsstörungen (2001-2013)



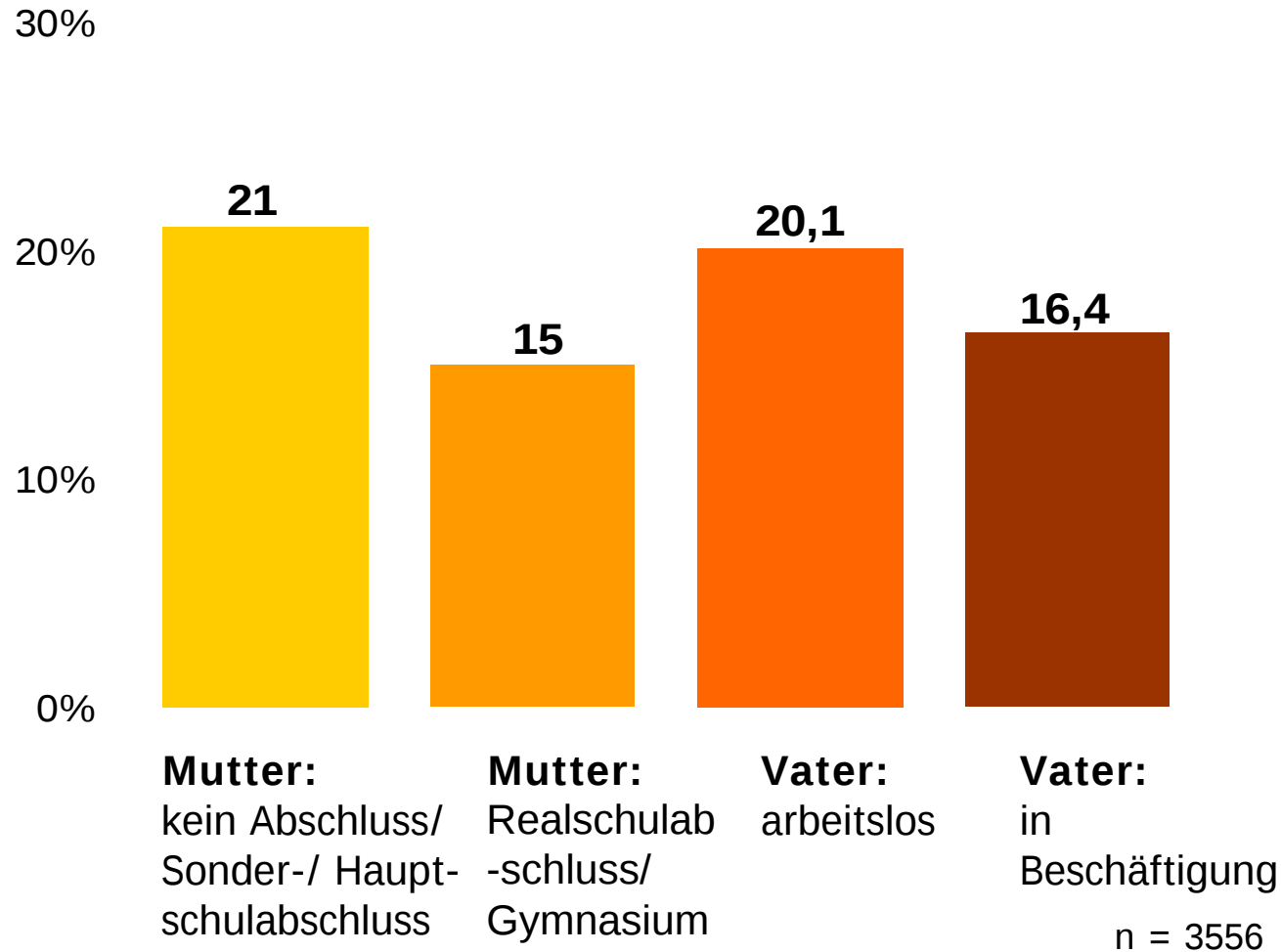


Koordinationsstörungen nach Geschlecht



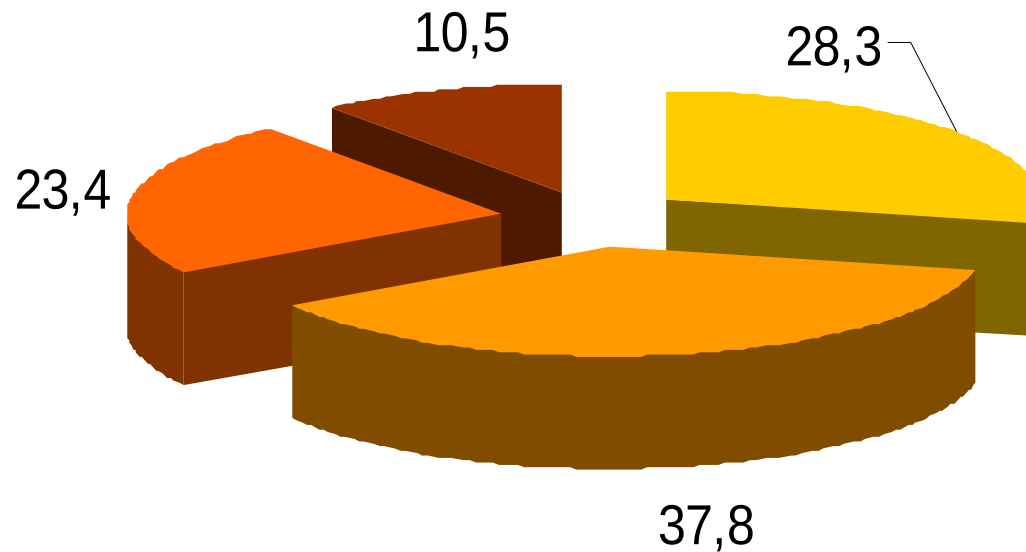


Koordinationsstörungen nach Schulbildung der Mutter und Berufstätigkeit des Vaters





Schulneulinge – Medienkonsum / Tag



Medien:

- Fernsehen
- Computer
- Handy
- Playstation
- Nintendo
- Wi

■ 0-30 min täglich

■ 30-60 min täglich

■ eine bis zwei Stunden täglich

■ über zwei Stunden täglich

n=3652



Medienkonsum über 2 Stunden / Tag

37/48

20%

10%

0%

9,5

Mädchen

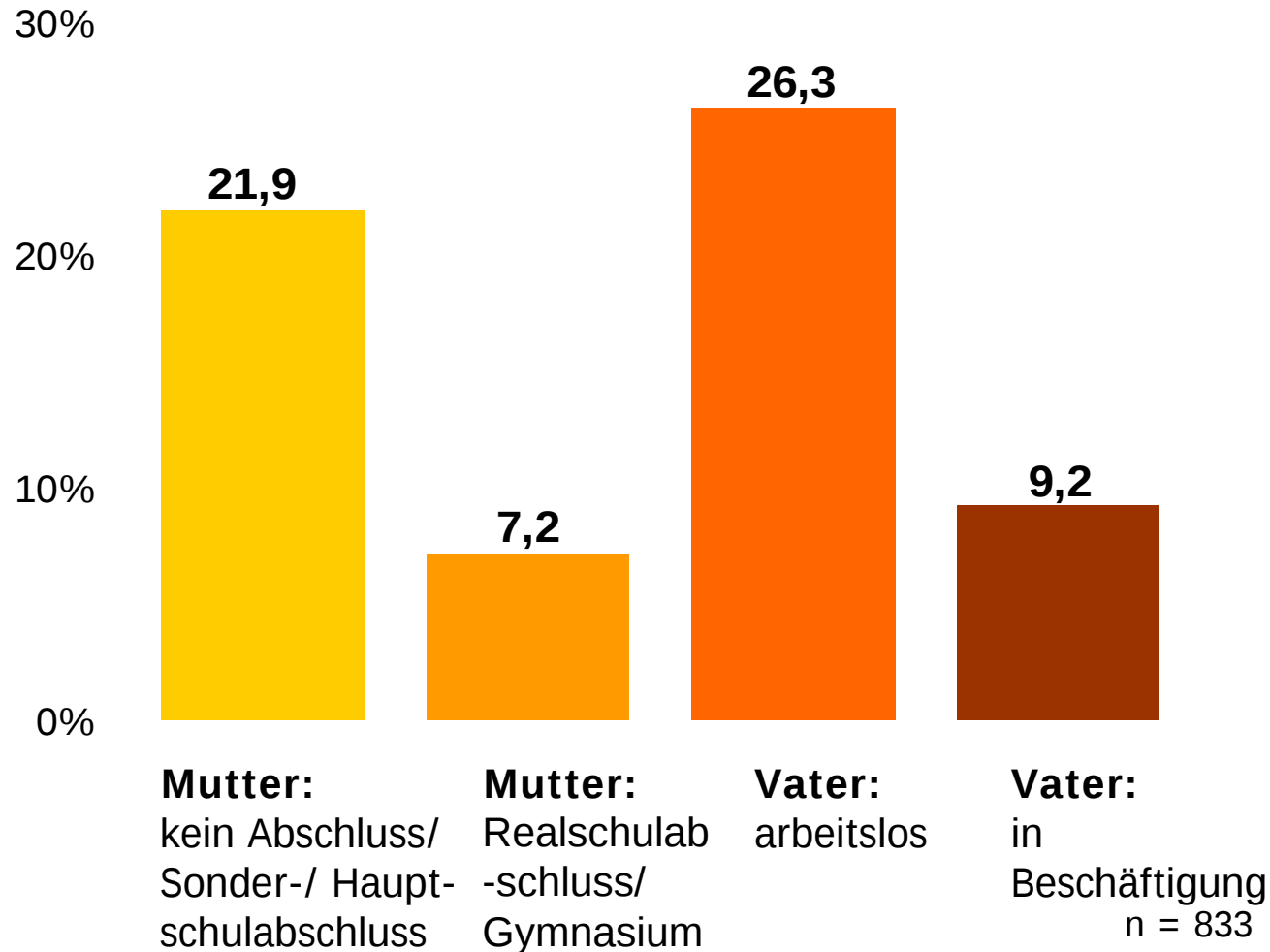
11,4

Jungen

n=3652



Medienkonsum über zwei Stunden/ Tag nach Schulbildung der Mutter und Berufstätigkeit des Vaters





rundum gesund
aufgeweckt

Guter Start ins Leben (SKF)

proVier

1. Lebensjahr

4. Lebensjahr

Präventionskette in NE-Weckhoven

Schwangerschaft

2./3. Lebensjahr

5. - 6. Lebensjahr...

doppelt gesund

prokita plus

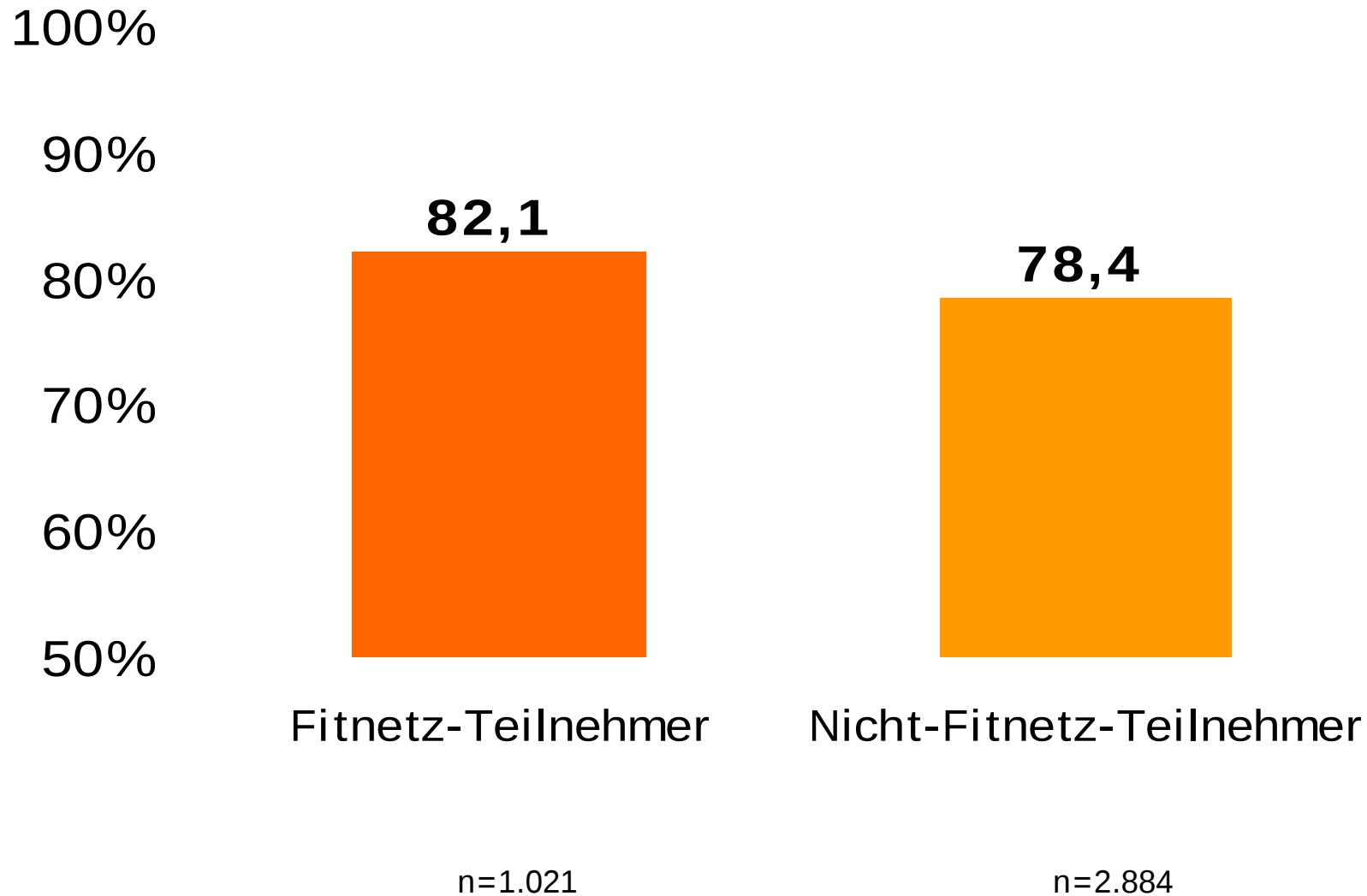
prokita

Schulneulings-
untersuchung

Kinder-/ Jugendärztlicher Gesundheitsdienst

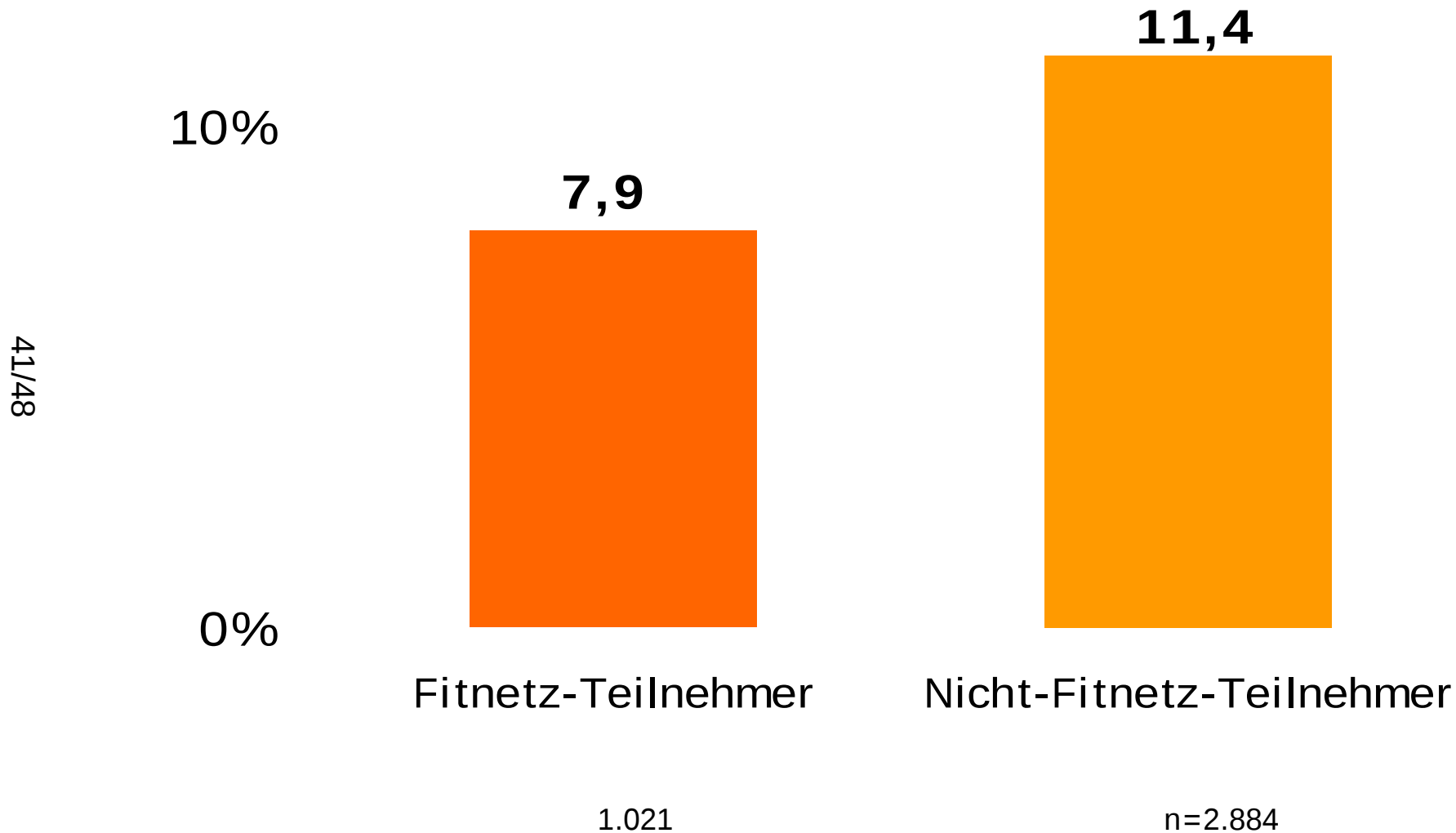


Normalgewicht nach Fitnetz-Teilnahme (2013)



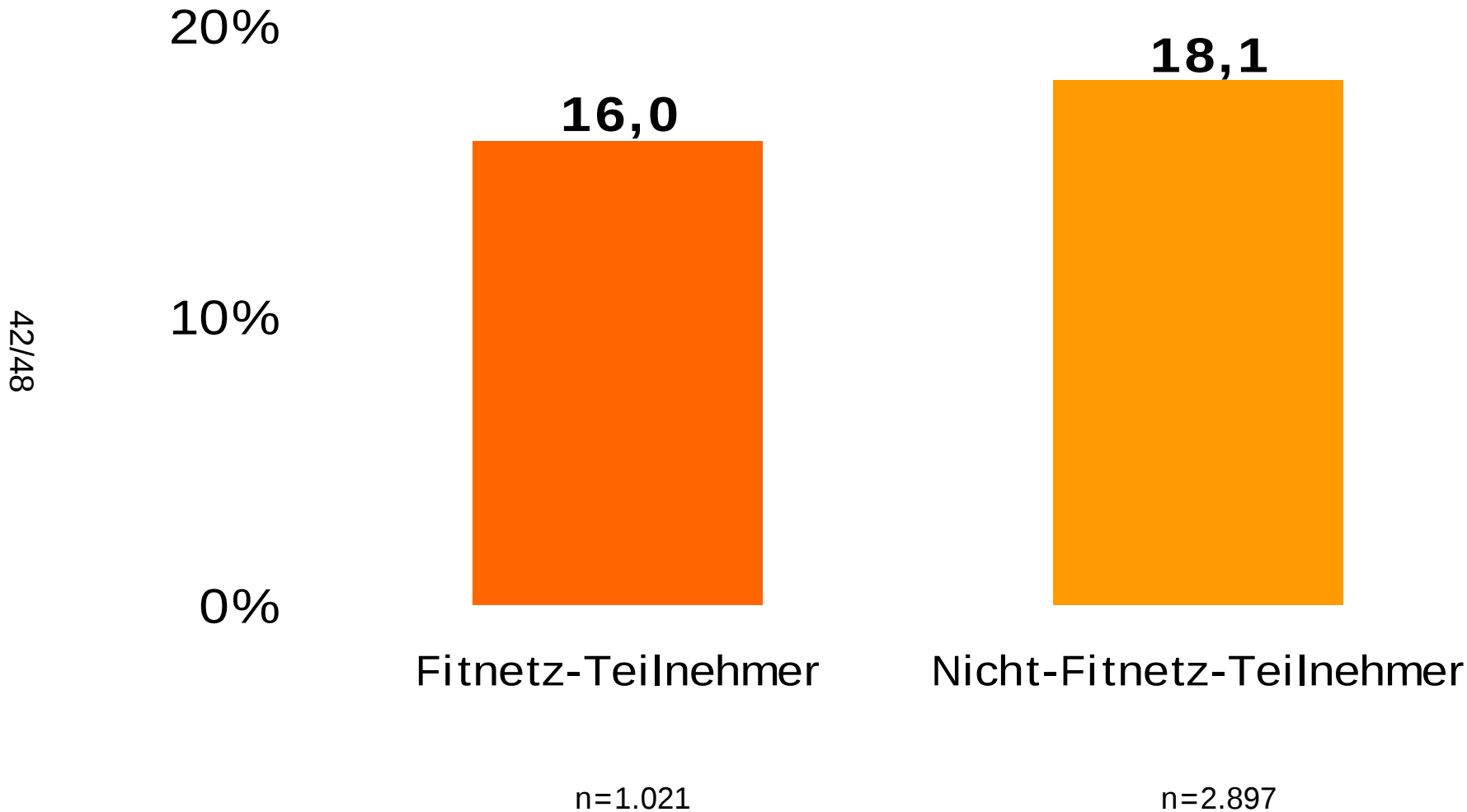


Untergewicht nach Fitnetz-Teilnahme (2013)





Koordinationsstörungen nach Fitnetz-Teilnahme





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kinder-/ Jugendärztlicher Gesundheitsdienst

Sitzungsvorlage-Nr. 50/2819/XV/2013

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	06.11.2013	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema
"Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern" vom 17.10.2013 und
Bericht der Verwaltung**

Sachverhalt:

Auf die Ausführungen der Sitzungsvorlage-Nr. 50/2137/XV/2012 der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 22.11.2012 wird vollinhaltlich Bezug genommen.

An den Sachverhalten zu **Ziffer 1 bis 3** haben sich im Grundsatz keine Änderungen ergeben. Am 10.09.2013 ist ein Erlass des MIK (16-39.18.03-1-12-243) ergangen, der wegen der gestiegenen Asylbewerberzahlen (Januar bis Juli 2013 um 90 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum) zur kurzfristigen Identifizierung weiterer Notunterkünfte auffordert und deshalb die Benennung von weiteren Notunterkünften erforderlich macht. Die Städte und Gemeinden hatten in dieser Angelegenheit sofort zu berichten und sind weiterhin aufgefordert, seit dem 16.09.2013 wöchentlich entsprechend zu berichten.

4. Aktuell aufgenommene Asylbewerber im Rhein-Kreis Neuss

Zum Stand 14.10.2013 haben die aufnahmepflichtigen kreisangehörigen Städte und Gemeinden folgende Zahlen gemeldet:

	ausländische Flüchtlinge nach § 3 (3) Nr. 1 – 3 FlüAG	unerlaubt eingereiste Ausländer nach § 3 (3) Nr. 4 FlüAG
Dormagen	80	0
Grevenbroich	84	0
Jüchen	32	1

Kaarst	60	0
Korschenbroich	47	0
Meerbusch	75	0
Neuss	179	1
Rommerskirchen	20	0
gesamt	577	2

5. Herkunftsländer und Steigerungsraten der Asylbewerber

Im September 2013 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 11.461 Asylanträge gestellt.

Die Zahl der Asylbewerber ist im Vergleich zum Vorjahresmonat September 2012 um 4.770 Personen (71,3 Prozent) gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat August 2013 stieg die Zahl der Asylbewerber um 1.959 Personen (20,6 Prozent). 1.187 Personen erhielten im September 2013 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (14,8 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 790 Personen (9,8 Prozent) sogenannten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes).

Die Zahlen im Einzelnen:

I. Aktueller Monat

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben im September 2013 11.461 Personen (Vormonat: 9.502 Personen) erstmals Asyl beantragt.

Damit ist die Zahl der erstmaligen Asylbewerber gegenüber dem Vorjahresmonat um 4.770 Personen (71,3 Prozent) und gegenüber dem Vormonat um 1.959 Personen (20,6 Prozent) gestiegen.

Hauptherkunftsländer im September 2013 waren:

Zum Vergleich				
		Juli 2013	August 2013	September 2013
1.	Serbien	957	1.170	1.593
2.	Syrien	999	1.021	1.273
3.	Mazedonien	473	698	1.051
4.	Russ. Föderation	1.588	1.096	792
5.	Afghanistan	730	566	697
6.	Bosnien Herzegowina	306	255	605
7.	Eritrea	136	250	598
8.	Somalia	293	260	426
9.	Kosovo	412	470	416
10.	Pakistan	498	394	387

Im September 2013 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge neben den 11.461 Erstanträgen zudem 2.291 Asylfolgeanträge gestellt (zum Vergleich: Im September 2012 waren es 6.691 Erst- und 1.792 Folgeanträge). Damit wurden im September 2013 insgesamt 13.752 Asylanträge gezählt, 8.483 mehr als im September 2012 (Steigerung um 62,1 Prozent). Hauptherkunftsländer bei den Folgeanträgen waren Serbien (844), Mazedonien (588) und Bosnien-Herzegowina (345). Der Anteil der Asylfolgeanträge an allen Asylanträgen lag damit im September 2013 bei 16,7 Prozent.

Im September 2013 hat das Bundesamt über die Anträge von 8.047 Personen (Vormonat: 8.515) entschieden.

Insgesamt 1.187 Personen (14,8 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. August 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 106 Personen (1,4 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 1.081 Personen (13,4 Prozent), die Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i. V. m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

Darüber hinaus hat das Bundesamt im September 2013 bei 790 Personen (9,8 Prozent) Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (sog. subsidiärer Schutz) festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 2.850 Personen (35,4 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 3.220 Personen (40,0 Prozent).

II. Laufendes Jahr

Für den Zeitraum Januar bis September 2013 ergeben sich folgende Zahlen:

In der Zeit von Januar bis September 2013 haben insgesamt 74.194 Personen in Deutschland erstmalig Asyl beantragt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (40.201 Personen) bedeutet dies eine Erhöhung um 33.993 Personen (84,6 Prozent). Die Hauptherkunftsländer in der Zeit von **Januar bis September 2013:**

1.	Russ. Föderation	13.492
2.	Syrien	7.846
3.	Serbien	6.432
4.	Afghanistan	5.532
5.	Mazedonien	3.674
6.	Iran	3.287
7.	Pakistan	3.024
8.	Irak	2.892
9.	Kosovo	2.318
10.	Somalia	2.220

Im bisherigen Jahr 2013 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge neben 74.194 Erstanträgen auch 11.131 Asylfolgeanträge gestellt (Januar -September 2012: 40.201 Erst- und 8.844 Folgeanträge). Damit wurden im bisherigen Jahr 2013 insgesamt 85.325 Asylanträge gezählt, 36.280 mehr als von Januar bis September 2012 (Steigerung um 74,0 Prozent).

Im Zeitraum von Januar bis September 2013 hat das Bundesamt 55.286 Entscheidungen (Vorjahr: 38.385) getroffen.

Insgesamt 7.718 Personen (14,0 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. August 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 602 Personen (1,1 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 7.116 Personen (12,9 Prozent), die Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i. V. m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

Darüber hinaus hat das Bundesamt von Januar bis September 2013 bei 7.415 Personen (13,4 Prozent) Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (sog. subsidiärer Schutz) festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 21.656 Personen (39,2 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 18.497 Personen (33,4 Prozent).

Die Zahl der Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde, betrug Ende September 2013 80.050, darunter 73.196 Erstanträge und 6.854 Folgeanträge (Vormonat: 73.964 anhängige Verfahren, davon 68.059 Erst- und 5.905 Folgeanträge).

6. Aufwendungen der Städte und Gemeinden:

Eine Zusammenfassung der Ausgaben für den gesamten Rhein-Kreis Neuss war in der Kürze der Zeit nicht zu erstellen, da die Daten bei den einzelnen Kommunen zunächst noch subsumiert und anschließend auf Kreisebene zusammengefasst werden müssen.

Nach dem jüngsten Urteil des Landessozialgerichtes NRW zum Anspruch von arbeitslosen Ausländern auf Grundsicherung rechnet im übrigen auch das Bundesinnenministerium künftig mit erhöhtem Zuzug von Asylbewerbern.

Anlagen:

Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Niederschrift	1
Tischvorlage zu Top 5	11
Schulneulingsuntersuchung_2013	15
Vorlage Asyl	45
Inhaltsverzeichnis	49